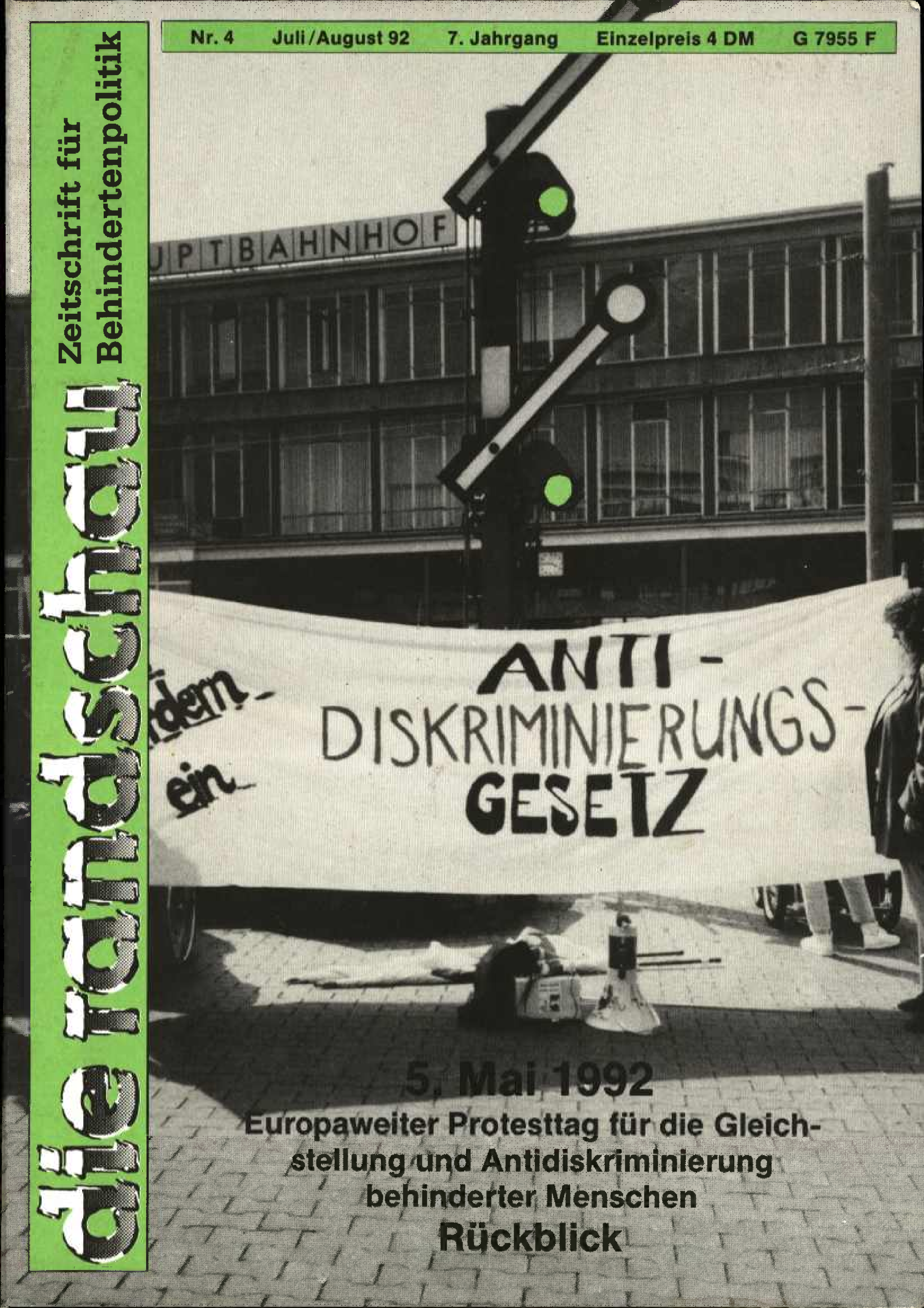

Nr. 4
Juli/August 92
7. Jahrgang
Einzelpreis 4 DM
G 7955 F
die randschau
Zeitschrift für Behindertenpolitik
PTBAHNHOF
ANTI-
DISKRIMINIERUNGS-
GESETZ
ein
5. Mai 1992
Europaweiter Protesttag für die Gleichstellung und Antidiskriminierung behinderter Menschen
Rückblick

EDITORIAL

Geschafft! Die neue Ausgabe der *'randschau'* ist soeben fertig geworden. Das Schwerpunktthema, der "Europaweite Aktionstag zur Gleichstellung und Antidiskriminierung behinderter Menschen" durzieht das gesamte vor Euch liegende Heft. Proteste und Demonstrationen allerorten. Die Basis - scheints -, will mit aller Kraft ein Anti-Diskriminierungsgesetz (ADG). Davon zeugen u.a. die 18 Berichte, die wir, soweit möglich, wortgetreu dokumentieren. Vielen Dank bei den AutorInnen hierfür. Gerne hätten wir Dutzende der knapp 150 zugesandten Fotos ebenfalls abgedruckt, doch der Platz ist beschränkt und wir haben viele gute Fotos zugunsten von Textbeiträgen außen vor lassen müssen. Sorry.

Neben einem gelungenen Aktionstag, schlechte Nachrichten ansonsten: *'die randschau'* muß, um zu überleben, ab November die Abo-Preise, für die Casetten- und die Schwarzschriftausgaben erhöhen. Wir haben uns lange dran vorbeigemogelt, hatten gehofft wir würden den LeserInnen Preissteigerungen ersparen können: Es geht jedoch nicht! Um einigermaßen kostendeckend arbeiten zu können, haben wir beschlossen, daß ab November ein Jahresabo (d.h. sechs Ausgaben/ davon eine Doppelnummer), statt bisher 20,00, DM, nunmehr 25,00 DM kosten wird (Ausland 35,00 DM). Die Casettenausgabe wird dann für 6 aufgelesene Hefte (davon eine Doppelnummer) 30,00 DM kosten (wer ab November zusätzlich die Schwarzschriftausgabe haben möchte muß noch einmal 10,00 DM drauflegen).

Der Spendenaufruf war zwar erfolgreich, ganze 2.700,00 DM sind seit Anfang des Jahres auf unser Konto eingegangen, doch wollen wir dieses Geld nicht in die laufenden Kosten für die Produktion der *'randschau'* reinbuttern, sondern längst fällige Anschaffungen tätigen. Den SpenderInnen sei an dieser Stelle noch einmal gedankt. Sobald wir entschieden haben, wie wir die Spenden denn nun verwenden wollen, werden wir hier erneut drauf eingehen. Weil wir aber nicht in der Lage sein werden, alle unsere Wüsche zu realisieren, sollten potentielle SpenderInnen sich nicht davon abhalten lassen, uns weiter zu unterstützen.

Wir hoffen, daß uns unsere LeserInnenschaft ob der Preissteigerungen nicht im Stich lassen und im Gegenteil für uns weiter werben wird. Wir können uns leider keine teueren Werbefeldzüge leisten, obwohl wir zum Ende des Jahres eine kleine Kampange für neue AbonnentInnen planen. *'die randschau'* ist bei der AbonnentInnenwerbung auf Euch alle angewiesen. Wenn jede und jeder unserer AbonnentInnen, eine weitere/ einen weiteren werben würde, wären wir aus dem bald aus den roten Zahlen.

Im übrigen sind wir natürlich immer auch auf der Suche nach Menschen, die regelmäßig und verläßlich für *'die randschau'* schreiben, zeichnen und fotografieren möchten. Bei Interesse meldet Eich bitte bei der nächstgelegenen Redaktion (Adressen siehe Impressum).

Aber genug des Lamentierens und des Wehklagens und lieber viel Spaß beim Lesen dieser neuen Ausgabe.

Bis die Tage.

Jörg Fretter

Die weiteren geplanten Schwerpunktthemen für dieses Jahr:

September/Oktober-Nummer: Medien
(Redaktionsschluß: 15.8.92)

November/Dezember-Nummer: Utopien
(Redaktionsschluß: 31.10.92)

Zusendungen und Beteiligung sind natürlich erwünscht!

INHALT

RANDSCHAUVERKAUF in Berlin

*** Buchladen Schwarze Risse**
Gneisenaustraße 2a (Mehringhof),
1000 Berlin 61

*** Ambulante Dienste**
Gneisenaustraße 2a (Mehringhof),
1000 Berlin 61

SEMINAR speziell für berufstätige behinderte Frauen

'Berufstätige behinderte Frauen - gibt's die überhaupt?' vom 27. - 29.11.1992 Tagungshaus "Alte Schule", Neu-Anspach im Taunus

geplante Themenbereiche:
* Wo liegen die Hauptprobleme am Arbeitsplatz?
* Was sind Frauen- was Behintertenprobleme?
* Welche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten können behinderte berufstätige Frauen heute schon nutzen?
* Für welche Probleme müssen Unterstützungs- und Beratungsangebote erst noch geschaffen werden?

Es fehlen noch behinderte oder nichtbehinderte Expertinnen, u.a. zur Leitung von Arbeitsgruppen.

Tagungsgebühr: 300 DM
Übernachtung und Verpflegung: ca. 150 DM
(Erstattung evtl. über Hauptfürsorgestelle)

Anmeldung und Anfragen (nur 20 Plätze): KOMMOBIL c/o Petra Rieth u. Hannes Heiler, Adalbertstr. 12, 6000 Frankfurt 90

Neuerscheinung:

Anstösse 2 "Integration durch Sport" der Sportjugend Hessen. Dokumentation einer Fachtagung am 19.6.91. Bezug über: Sportjugend Hessen, Otto-Fleck-Schneise 4, 6000 Frankfurt/M. 71, Tel. 069/67 89 246, gegen eine Schutzgebühr von 5 DM

Leitfaden

"Soziale Rechte geistig behinderterMenschen" kostenlos zu beziehen über Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte, Raiffeisenstraße 18, 3550 Marburg. 2,50 DM Versandkosten in Briefmarken beilegen

Ergänzung

zu **Nichts gelernt**, randschau Nr. 2,3/92, S. 7:

Der Leitung der Ev. Stiftung Alsterdorf wurde in einem betrieblichen Schlichtungsverfahren untersagt, Personal aus dem Wohnprojekt Rothestraße zwangszuversetzen. Das Wohnprojekt kann daher bis auf Weiteres in der bisherigen Form weitermachen.

Ein schöner Erfolg.

Arbeitskreis behinderter JuristInnen

Ungenutzte Kapazitäten können noch beim **Arbeitskreis behinderter JuristInnen** eingebracht werden. **Dringend erwünscht** ist **weibliche Mitarbeit**: der Arbeitskreis ist bisher eine reine Männerdomäne! (Das müßte sich doch ändern lassen.)

Ziel:
1. Diskussion einer Grundgesetzänderung bezüglich Anti-Diskriminierung insbesondere in juristischen Kreisen
2. Entwicklung eines Vorschlags zum SGB IX 3. Entwurf eines Anti-Diskriminierungsgesetzes

Kontakt über
Andreas Jürgens, Goethestr. 12, 3500 Kassel
Tel. 0561/1 31 16
oder
Horst Frehe, Wendtstr. 28, Wendtstr. 28, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/7 63 84

STAATSANWALTSCHAFT ERMITTELT GEGEN ATROTT

(dpa/UA) Am 12. Mai 92 durchsuchte die Kripo Bielefeld die Düsseldorfer Landesgeschäftsstelle der "Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben" (DGHS). Der anwesende Präsident Hans Henning Atrott hatte 10 Kapseln mit einer weißen Substanz sowie große Mengen Schlaf- und Schmerzmittel bei sich, die beschlagnahmt wurden. Weiter fand die Kripo Unterlagen, die auf die Abgabe von Zyankali durch Atrott hindeuten und 26000 DM Bargeld.
Anlaß der Durchsuchung waren Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Münster. Ein Mann hatte nach einem mißlungenen Selbstmordversuch erklärt, er hätte das Mittel (2 Kapseln Zyankali) für rund 7000 DM von Atrott erhalten; in der Nacht zum 15. Juli brachte er sich dann tatsächlich um. (Der "Fall" war in die Schlagzeilen geraten, weil der Mann glaubte, Aids zu haben und sich dies als falsch herausstellte.)

Bei den 10 Kapseln, die in Düsseldorf sichergestellt wurden, handelt es sich um Zyankali, das erklärte Staatsanwalt Neumann jetzt auf Anfrage. Die Ermittlungen gehen weiter.

Unserem Bundespräsidenten wurde warm um's Herz:

Einem behinderten Menschen zu helfen, ist nicht nur eine Hilfe für den Behinderten, sondern vor allem auch eine Hilfe für den, der diese Hilfe selber gibt.

Richard v. Weizsäcker bei der Einwei-hung eines "Lebenshilfe"-Kindergartens und einer Werkstatt in Worms, 8. Mai 1992

Die behinderten MitarbeiterInnen der Werkstatt erinnerten v. Weizsäcker bei dieser Gelegenheit an ihre Forderung nach einer existenzsichernden Entlohnung.
Der Durchschnitts"lohn" beträgt gegenwärtig 1,50 DM/Stunde.

aus: LHZ, Juni 92, Nr. 3, S. 3 und Pressemitteilung v. 13.5.92

Tageszeitung auf Diskette

(blip) Die "Frankfurter Rundschau" ist die erste Tageszeitung, die ab sofort auch auf Diskette bezogen werden kann. Jeweils die Ausgabe vom Vortag wird damit für ComputerbenutzerInnen zugänglich. Die Stiftung Blindenanstalt Frankfurt/Main (Adlerflychtstr. 8-14) hat zusammen mit einer Reihe von Organisationen und Firmen die notwendigen Programme entwickelt. **Auskünfte gibt jeweils werktags von 15-16 Uhr Birgit Vetter unter der Telefonnummer 069/24555415.**

Bahnfahrplan per Computer

(blip) Bahnverbindungen zwischen den 1.000 wichtigsten Bahnhöfen Deutschlands mit ca. 24.000 Zugverbindungen (und das sind fast alle...) enthält ein Computerprogramm, das für 29,80 DM bei der Deutschen Bundesbahn, Z ZP Pn 1608, Postfach 1569, 6500 Mainz 1 erhältlich ist. Benötigt wird dafür mindestens ein 286er (graphische Darstellung und Anzeige von benachbarten Bahnhöfen erst ab 386er und höher). Außerdem werden 2 MB RAM empfohlen (einer tut's aber auch!)
Und für 348,- DM gibt es die "erweiterte Fassung" mit 9.000 Bahnhöfen und 48.000 Zügen auch auf CD-ROM!



Foto: Ursula Aurien

5. Mai 1992

Aktionstag für die Gleichstellung behinderter Menschen - gegen Diskriminierung - für ein Anti-Diskriminierungsgesetz (ADG)

Um einen möglichst großen Überblick über den Verlauf des Aktionstages und die vielfältigen Aktivitäten geben zu können, bat "die randschau" die einzelnen Initiativgruppen - in 35 Städten der Bundesrepublik - um Berichte, Statements, Informationsmaterial und/oder Fotos.
Aus 18 Städten erhielten wir Antworten. Herzlichen Dank! Auch für die Mühe, die Ihr Euch gemacht habt. Einige Berichte mußten wir leider kürzen. Das gesamte Material zu dokumentieren, würde den Rahmen der "randschau" sprengen. Im übrigen geben wir aber die Berichte weitgehend unverändert wieder. So spiegelt sich am am ehesten das breite Spektrum der Initiativen.
Trotz Frust und Enttäuschung mancherorts - wegen zu geringer Beteiligung, wegen des Streiks oder anderer Dinge ist eins erkennbar: Die "Fronten" innerhalb der *Bewegung* oder *Szene* beginnen zu wackeln, zumindest in Bezug auf die Diskussion um die Gleichstellung und die Forderung nach einem ADG. Immer mehr behinderte Menschen sind immer weniger bereit, alltägliche Diskriminierung und den umfassenden Ausschluß aus dem 'normalen' Leben als 'normal' hinzunehmen. Rechte gegen Mitleid. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Berlin

"Berliner Bündnis" macht weiter

Zum eruopaweiten Protesttag der Menschen mit Behinderung gegen Diskriminierung und für Gleichstellung hatte sich in Berlin schon frühzeitig ein "Berliner Bündnis" zusammengefunden. Der Aufruf, ein kurzer, den "Düsseldorfer Appell" noch einmal zusammenfassender Text, war bis zum 5. Mai schließlich von über 70 Gruppen, Initiativen und Verbänden sowie ca. 100 Einzelpersonen unterzeichnet worden.
Bemerkenswert ist, daß auch Umweltgruppen, Verkehrsinitiativen und andere Organisationen wie auch Einzelpersonen, die nicht aus der "Behinderten-Szene" kommen, unterschrieben

haben.
Der Protesttag selbst war dann auch sehr beeindruckend: Eine kaum enden wollende Rollstuhlfahrer/innen-Kette bewegte sich durch die Berliner Innenstadt, quer über den Alexanderplatz zum Roten Rathaus, dem Amtsitz des Regierenden Bürgermeisters, wo zur selben Zeit der Senat, die Berliner Landesregierung, tagte.
Schon Tage vor dem 5. Mai hatte der Berliner Behindertenverband e.V. mit einem "Infomobil" an verschiedenen Stellen der Innenstadt auf die Diskriminierung der Menschen mit Behinderung aufmerksam gemacht.
Über diese Aktionen wurde in der gesamten Berliner Presse ausführlich berichtet.
Das "Berliner Bündnis" will weitermachen: Es sollen Initiativen zur Erweiterung der Verfassungen auf Bundes- und Länderebene gestartet werden. Außerdem soll im Herbst eine Tagung des "Berliner Bündnisses" zum Thema Antidiskriminierungs- und Gleichstellungs-Gesetz veranstaltet werden.
Und danach kommt dann schon bald die Vorbereitung des 5. Mai 1993!!! Dann werden sich vielleicht noch mehr Organisationen anschließen - vielleicht auch die großen etablierten Verbände? Es täte ihnen sicher gut!
Und die Rollstuhlfahrer/innen-Kette - eine wirklich tolle Demonstrationsform - wird am 5. Mai 1993 noch viel länger sein!

Martin Marquard, Berliner Bündnis



Braunschweig

Am Aktionstag, den 5. Mai 1992, fand in der Braunschweiger Innenstadt eine Rollstuhl-Demo statt. Es waren 100 Personen, davon ca. 50 Rollstuhlfahrer. Wir hatten mehrere Transparente wie z.B. "Diskriminierung, nein Danke" "Städteplaner in den Rollstuhl", "Baut Rampen statt Bomben" usw. und es wurden 500 Flugblätter verteilt. Mit Hupkonzert und über Megaphon machten wir die Passanten auf unsere Probleme aufmerksam.
Ich habe bemerkt, daß viele Passanten Beifall geklatscht haben über die von uns durch Megaphon angedeuteten Probleme und Forderungen. Kurze Ausschnitte wurden im Rundfunk (FFN und NDRI) und Fernsehen (Hallo Niedersachsen ARD) gesendet.

Heidemarie Fuchs, Initiativgruppe Rollstuhlgerechter Nahverkehr in Braunschweig



5. Mai in Köln

Bremen

In Bremen sind Beiträge in den verschiedenen Sendern von Radio Bremen und ein Beitrag im Regionalfernsehen gelaufen. Am 4.5. hat ein Pressegespräch stattgefunden. Eine Aktion war in Bremen nicht angesagt, einige Bremer haben an der Demonstration in Hamburg teilgenommen.

Doris Galda, LAGH und Selbstbestimmt leben e.V. Bremen

Duisburg

"Uns sind die Augen aufgegangen!"
Der Aktionstag stand im Schatten des Streiks und einer Großdemo, von denen die Presse voll war. Dennoch hat es sich gelohnt. Am Tiefbauamt, beim Arbeits- und Sozialgericht und am Hauptbahnhof fanden Begehungen mit einem sich daran anschließenden Rollstuhlfahrerparkour in der Stadtmitte statt, an denen rund 70 Personen - davon auch eine Reihe Rollis - teilnahmen.
Um die Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz gegenüber den jeweiligen Begehungsstellen anschaulich zu machen, gaben wir eine mit dem "Aktionsbündnis für ein Antidiskriminierungsgesetz Duisburg" unterschriebene Resolution heraus. Darin standen die auch an den Begehungsorten vorgebrachten Forderungen nach behindertengerechten Eingängen, Ausschilderung des Rollstuhlfahrereingangs, behindertengerechten Treppenhäusern und die Zugänglichkeit.
Bei der 'Sonderstelle' zur Vergabe von Behindertenparkscheiben beim Tiefbauamt deckten wir einen Schildbürgerstreich auf. Dort müssen die eine Parkscheibe wünschenden Rollis auf der Straße abgefertigt werden, weil diese, durch Treppenstufen gehindert, nicht hinein können. Herr Lenzen und Herr De Fries, Leiter des Stadthauses und des Tiefbauamtes, sagten zu, daß sie sich um den behindertengerechten Umbau des Hauses kümmern wollten und die Stelle für die Vergabe der Parkscheiben umgehend verlegt werden sollte. "Uns sind die Augen aufgegangen", sagten Herr Lenzen und Herr De Fries.
Bei der Begehung bei der Bundesbahn kam wieder einmal an den Tag, daß die Koordination bei der Planung zwischen Bundesbahn, Stadt und Land nicht funktioniert, wenn es um uns behinderte Menschen geht. Zwar ist ein behindertengerechter Aufzug von der U-Bahn-Station bis auf die Straße vorgesehen, aber nicht auch hinauf bis zu den Bahnsteigen. Die Auskunft des Bundesbahn-Architekten und des stellvertretenden Bahnhofleiters war: damit hätte die Bundesbahn nichts zu tun. Sie hätten im Verbindungstunnel zwischen dem Hauptausgang und Ostausgang des Bahnhofs rollstuhlfahrergerechte Aufzüge vorgesehen, die bis 1994 fertiggestellt würden.
Am König-Heinrich-.Platz konnten sich die nichtbehinderten Bürger in dort bereitstehende Rollstühle hineinsetzen und so die Situation eines Rollis auf der Straße ausprobieren. Der Parkour bestand aus einer fingierten Baustelle, kaum zu überwindenden Stufen und Engpässen. Es sollte Betroffenheit erzeugt werden.
Die örtliche Presse begleitete ebenso wie der Lokalsender Radio Du die Aktionen und berichtete teilweise sehr ausführlich. Der örtliche Fernsehsender

5. Mai
ANTI-DISKRIMINIERUNGS-TAG

"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. **(Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland)**

Wir stellen fest:

Alte und behinderte Menschen müssen oft in Verhältnissen leben, die dieser Norm nicht entsprechen

- wenn ihr ganzes Leben durch behördliche Maßnahmen und mangelnden Einsatz der staatlichen Gewalt fremdbestimmt ist
- wenn ihnen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit verwehrt wird, weil sie nicht die ihren Fähigkeiten entsprechende Erziehung und Ausbildung erhalten
- wenn sie von ihren Mitmenschen ausgesondert und isoliert werden
- wenn nicht ihnen angemessene Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden
- wenn sie nicht die Wohnung wählen können, in der sie gern leben möchten und in Abhängigkeit von Betreuung gehalten werden
- wenn sie nicht reisen und sich dahin begeben können , wohin sie wollen
- wenn sie durch mangelnde Pflegevorsorge des Staates in finanzielle Not geraten
- wenn sie durch vielfältige bauliche Barrieren vom gemeinschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen sind
- wenn sie durch überzogenen Bürokratismus entwürdigt und zur Resignation gebracht werden
- wenn ihnen im Fall der Schwerstpflegebedürftigkeit das Lebensrecht aberkannt wird

Die Fittinge, Arbeitsgemeinschaft Behinderter, Senioren und Nichtbehinderter, Minden

brachte zum Aktionstag einen Werbespot.
Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Duisburg, unterstützte den Aktionstag und hatte einen gemeinsamen Stand mit dem Ambulanten Hilfsdienst Duisburg e.V. als Koordinationsstelle.
Es machte betroffen, daß wieder einmal die ortsansässigen Behindertenorganisationen und Vereine bis auf die Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. und Rheumaliga offiziell nicht dabei waren. Es kamen aber sehr viele einzelne Behinderte, die sich mit dem Aktionsbündnis Antidiskriminierungsgesetz Duisburg solidarisierten.
An dem Tag unterschrieben 81 Personen, bei dem Aktionsbündnis für ein Gleichstellungsgesetz Duisburg mitzumachen. Außerdem lag der "Düsseldorfer Appell" aus, der von vielen gelesen und an diesem Tag von 71 Befürwortern unterschrieben wurde.
Dieser Aktionstag hat erreicht, daß in Duisburg viele Menschen zur Gleichstellung Behinderter wachgerüttelt wurden und, wie bei den Begehungen, erste konkrete Ergebnisse erzielt werden konnten. Weitere Aktionen müssen folgen mit der Forderung nach dem Gleichstellungsgesetz.
Einer der allernächsten Schritte wird sein, die abgegebenen Versprechungen zur behindertengerechten Gestaltung öffentlicher Gebäude an den Orten der Begehung nachzuprüfen.

Hans Meessen, Ambulanter Hilfsdienst Duisburg

Göttingen

Die Selbsthilfe Körperbehinderter Göttingen führte eine Reihe von Veranstaltungen durch. Ziel dieser Veranstaltungen war, der Öffentlichkeit das bisher in Göttingen nicht diskutierte Thema der Gleichstellungsgesetzgebung näherzubringen.

1. Vereinsmitglieder untersuchten die öffentlichen und privaten Einrichtungen der Innenstadt, z.B. Gaststätten, Kneipen, Geschäfte, Arztpraxen, Kinos usw. in bezug auf ihre Zugänglichkeit für Rollstuhlfahrer. Die Ergebnisse wurden zusammengestellt, graphisch veranschaulicht, besonders positive und negative Beispiele durch Photos illustriert und in Flugblättern und auf Plakaten dokumentiert.
2. Im Rahmen eines Pressegesprächs informierte die Selbsthilfe Körperbehinderter am 30.4.92 die vier lokalen Zeitungen. In diesem Zusammenhang stellten wir die Ergebnisse der Untersuchung der Göttinger Innenstadt vor; vor diesem Hintergrund war es leicht, auf die Notwendigkeit einer die Gleichstellung sichernden Gesetzgebung hinzuweisen.
3. Am 4.5. suchten o.g. Vereinsmitglieder verschiedene Geschäfte der Göttinger Innenstadt auf und stellten den Kontakt zu den jeweiligen Geschäftsführern her. Positiven Beispielen wurde eine Rose überreicht (z.B. einem Jeansladen, der eine Umkleidekabine für Rollstuhlfahrer einrichtete), negative Beispiele (z.B. hohe Stufen am Eingang trotz kürzlich erfolgten Umbaus) erhielten das Flugblatt sowie eine Zwiebel. Diese Aktion wurde von einem Mitarbeiter des NDR begleitet, eine Reportage wurde gesendet.
4. Am 5.5.92 unterhielt die Selbsthilfe einen Stand in der Innenstadt; verschiedene Materialien zum ADG wurden ausgelegt und 300 Flugblätter verteilt. Am Nachmittag wurde - nach einer einführenden Rede - die Aktion vom Vortag, allerdings dieses Mal ohne Medienbegleitung wiederholt.
5. Am 12.5.92 führten wir eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema ADG mit Otmar Miles-Paul durch.

Zusammenfassend können wir sagen, daß das Thema Antidiskriminierungs- bzw. Gleichstellungsgesetzgebung bei der Bevölkerung und bei den Medien auf Interesse stieß. Mit der Resonanz hier waren wir zufrieden. Sehr wenig Interesse zeigten jedoch die anderen in Göttingen auf dem Gesundheitssektor, in der Alten- oder Behindertenarbeit tätigen Selbsthilfegruppen und Vereine, obwohl sie von uns regelmäßig informiert wurden.

Birgit Albrecht, Selbsthilfe Körperbehinderter Göttingen

Hamburg

Der erste eruopaweite Aktionstag gegen Diskriminierung von behinderten Menschen war in Hamburg ein schöner Erfolg. Unterstützt wurde er unter anderem von vielen Behindertenverbänden und -organisationen quer durch alle politischen Traditionen, den Mitarbeitervertretungen von zwei der größten Hamburger Behinderteneinrichtungen, dem Frauenbündnis gegen Gen- und Reproduktionstechnologie und den Grünen. Auf dem Hamburger Rathausmarkt gab es zahlreiche Informationsstände, Musik und eine Kundgebung. Ein Redner von "Autonom Leben", ein Mitarbeitervertreter der Ev. Stiftung Alsterdorf, ein Vertreter der "Eltern für Integration" und einer vom Gehörlosenverband sprachen zu den unterschiedlichen Aspekten alter und neuer Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung Behinderter. Horst Frehe aus Bremen begründete eindringlich die Forderung nach einem Anti-Diskriminierungs-Gesetz. Mehrere Hundert Menschen beteiligten sich an der abschließenden Demmonstration durch die Innenstadt. Insgesamt war es eine ermutigende Demonstration der Vielfalt

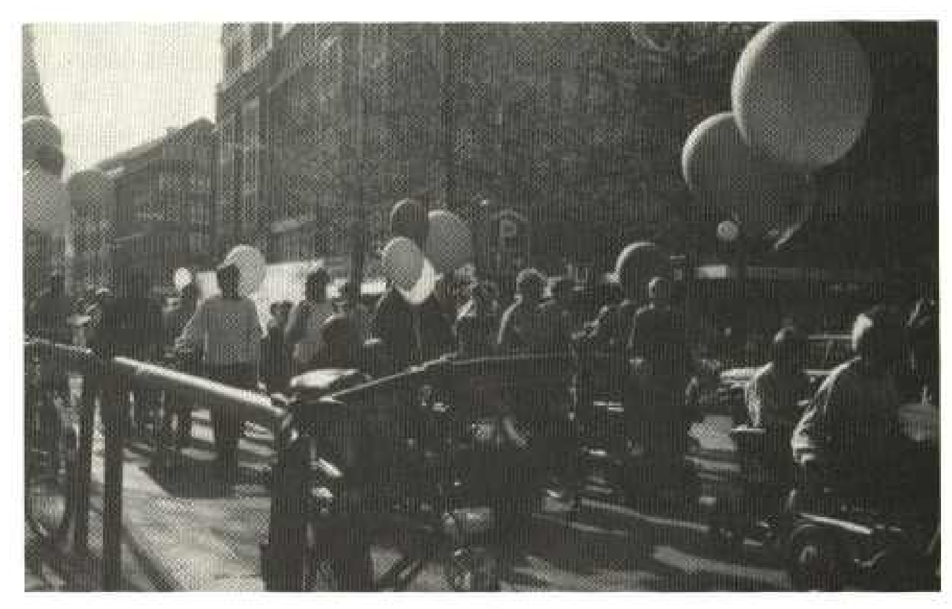



Foto: Daniela Schremm

Hamburg

und Vitalität behinderter Menschen, aber auch ein wenig von deren Widerstandsbereitschaft gegen die offenkundigen und die verdrängten Folgen kapitalistischer Normalität.
Und wann hat's das schon mal gegeben, daß sich VertreterInnen der althergebrachten Behindertenverbände bei "Autonom Leben" bedankten und zum Gelingen dieses Aktionstages gratulierten?

Gerlef Gleiss, Automon Leben e.V.

Hildesheim

Die studentische Projektgruppe vom Verein "Avanti e.V." hatte einen Informationsstand mit verschiedenen Stellwänden in der Fußgängerzone in Hildesheim. Vorher wurden von uns ca. 30 Gruppen (z.B. auch Behinderteneinrichtungen) angeschrieben, jedoch erhielten wir von keiner einzigen Gruppe eine Zusage, sich an der Aktion zu beteiligen.
Der Stand war von 10.00 - 16.00 Uhr von jeweils ca. 5 Personen besetzt. Ca. vierzig Personen zeigten Interesse und es kam zu interessanten Gesprächen.
Themen: - Ist es "Diskriminierung" im Heim zu leben?
- Information und Beratungsmöglichkeiten in Hildesheim
- Mitarbeit beim ambulanten Hilfsdienst "Avanti e.V."
- Mobilität in Hildesheim, sprich öffentlicher Nahverkehr
- Integration in Kindergartengruppen und in das Schulsystem in Hildesheim
- Probleme mit der Sozialbürokratie
- Finanzierung von ambulanten Hilfen
- Familienentlastende Hilfen über "Avanti e.V."?

Desweiteren verteilten wir Informationsmaterial, sammelten Unterschriften für den "Düsseldorfer Appell", viele Interessierte blieben vor den Stellwänden stehen.

Ingrid Schädel, Avanti e.V.

Kassel

Das hatte Kassel schon lange nicht mehr gesehen: In der Stadt des Koordinierens und der Aktionsvorbereitungen protestierten am Nachmittag des 5. Mai 140, überwiegend behinderte, Menschen laut und auffällig durch die Innenstadt. Auf Transparenten und über Megaphon forderten die DemonstrantInnen 'ein umfassendes Anti-Diskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz'.
Bereits am Vormittag hatten die Kasseler Organisatoren, in einer bundesweiten Pressekonferenz, für den 'Europäischen Aktionstag' geworben. Statt leerem politischen Geschwafel, forderten sie von den PolitikerInnen 'gleiche Rechte für behinderte Menschen'. Diskriminierungen,.so die VeranstalterInnen, seien die Regel, die Interessen Behinderter kämen nicht zur Geltung. In einer Podiumsdiskussion am Abend mußten sich dann hessische Landes- und KommunalpolitikerInnen mit diesen Vorwürfen auseinandersetzen. Von Seiten der SPD und der GRÜNEN wurde dann - zu guter Letzt - Unterstützung für die Durchsetzung eines ADG signalisiert. Die PolitikerInnen werden beim Wort genommen werden.
Ein besonderes Bonbon legten 28 MitarbeiterInnen der Baunataler Werkstätten für Behinderte zwei Tage später drauf: Sie streikten für bessere Löhne.

Kiel

<u>**Schluß mit der Diskriminierung**</u>
Etwa 50 behinderte Menschen demonstrierten vor dem Kieler Landeshaus für die Gleichstellung, die Integ-Jugend im Reichsbund hatte dazu aufgerufen. Dörte Wieben von Integ: "Unsere Diskriminierung zeigt sich bereits hier vor den für Rollstuhlfahrer unüberwindlichen Treppen zum Landeshaus." Sozialminister Günter Jansen unterschrieb den "Düsseldorfer Appell", es sei aber kein "Urknall nach dieser Veranstaltung" zu erwarten, meinte er.

nach Presseberichten, die Redaktion

Köln

In Köln wurde der Protesttag vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben in Zusammenarbeit mit dem CeBeeF e.V-. und dem Verein zur Assistenz von Körperbehinderten e.V.(VAK) organisiert. Wir veranstalteten auf dem Neumarkt einen Infostand mit Aktionen, in denen wir unsere täglichen Diskriminierungen symbolisch darstellten.
Ein Käfig aus Bauzaun (2m x 2m), in den sich RollstuhlfahrerInnen setzten, zeigte die Ausgrenzung und die Herabwürdigung. Auf einen gedeckten Tisch stellten wir Tischkarten, auf denen Bereiche des täglichen Lebens geschrieben waren. Zu diesen haben Nichtbehinderte freien Zugang - durch zwei Schaufensterpuppen dargestellt - wir Behinderte werden genau in den Bereichen diskriminiert: Schule, Beruf, Urlaub, Arztwahl, öffenliche Verkehrsmittel usw. - dargestellt durch eine Treppe.

Unsere Einschätzung des Tages:
Der Streik im öffentlichen Nahverkehr hat einen größeren Zulauf von Passanten verhindert.
Statt eines Infotisches mit Aktionen auf einem großen Platz (für diese Veranstaltung haben wir keinen Stellplatz in der Fußgängerzone gekriegt) hätte ein einfacher Infotisch in der Fußgängerzone mehr gebracht.
Trotz vorheriger Bekanntmachung dieser Veranstaltung haben sich kein Behinderten - außer uns - daran ligt. Das fanden wir noch der als das mangel Nicht-Betroffenen.
Im Großen und Gan zufrieden:

für sieben Leute (Ihr lest richtig, mehr waren es für ganz Köln nicht) haben wir einiges auf die Beine gestellt.

Christian war bei Radio Köln (Regional-Radio), ein Kamerateam vom Bayerischen Rundfunk hat uns für die Fernsehsendung "Sehen statt Hören" gefilmt und vielleicht zieren wir die nächste "Leben und Weg". Sowohl das "Morgenmagazin" von WDR 2 als auch das "Kölner Fenster" der "Aktuellen Stunde" (West 3 - Fernsehen) waren interessiert, sind aber abgesprungen.

Bei einem Nachtreffen haben wir eine ständige Arbeitsgruppe zum ADG gegründet. Wer Lust hat mitzuarbeiten, kann sich ans ZsL Köln, Tel 0221/32 22 90 wenden.

Christiane, ZsL Köln

Leipzig

Menschen mit Behinderungen melden sich öffentlich zu Wort

Kaum einer weiß, daß dieser 5. Mai der **Europatag** ist und die Initiatoren am Leuschnerplatz für ein Antidiskriminierungsgesetz eintreten. Aber sie stellen auch ganz naheliegende Forderungen. Ihnen, die sozusagen zugleich als Abgesandte des Behindertenverbandes Leipzig e.V. auftreten, geht es um den Abbau von Barrieren in unserer Stadt.

Sich in unmittelbarer Nähe des Fußgängertunnels zu postieren, ist zugleich von tiefer Symbolik. Denn dieses Bauwerk hat bisher wohl kaum ein Rollstuhlfahrer von innen gesehen.

Und dennoch gelingt es an diesem Tage, Barrieren abzubauen. Zwar gehen die meisten Bürger vorüber, aber viele bleiben doch stehen, wollen sich informieren oder die Arbeit des Behindertenverbandes mit einer Spende unterstützen. Manche bitten auch um Rat, weil sie selbst Betroffene sind. Keiner von denen, die an die Informationstische traten, äußerte Mißfallen über die Aktion. Ganz im Gegenteil: Die Bürger sprachen den Initiatoren dieser Aktion Mut zu, auch künftig in aller Öffentlichkeit den eigenen Willen zu demonstrieren.

Genau dies sollte Veranlassung sein, öfter auf sich aufmerksam zu machen. Vielleicht beteiligen sich dann noch mehr Betroffene. Ein erfolgversprechender Auftakt war dieser 5. Mai jedoch allemal.

Ein Teilnehmer an der Aktion
aus dem Informationsblatt des Behindertenverbandes Leipzig, 5/92

Selbstbestimmt leben e.V., Bremen
Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Bremen e.V.
Elber-Weser-Werkstätten, Bremerhaven
Reichsbund Berufsbildungswerk Bremen
Blindenverein Bremen e.V.
Landesverband für Gehörlose Bremen e.V.

Bremen, den 5. Mai 1992

Pressemitteilung (gekürzt)

Worum geht es bei der Forderung nach einem solchen Gesetz? Tatsache ist, daß behinderte Menschen in vielen Lebensbereichen erheblichen Benachteiligunmgen ausgesetzt sind: Sie werden in ihren Entfaltungsmöglichkeiten behindert, in ihren Entscheidungen bevormundet - sie werden in vielfacher Weise bei der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben diskriminiert. Die Diskriminierung tritt in unterschiedlichen Formen auf:

- Immer noch müssen behinderte Menschen in Sondereinrichtungen leben, können nicht dieselbe Schule besuchen wie Nichtbehinderte, werden auf einen Sonderarbeitsmarkt, die Werkstätten für Behinderte, verwiesen, ohne Lohn, ohne Arbeitnehmerstatus
- bei Einstellung und Beschäftigung werden sie benachteiligt, die Arbeitgeber kommen ihrer Beschäftigungspflicht unzureichend nach
- Behinderte werden an der Inanspruchnahme von öffentlichen Einrichtungen wie Geschäften, Kinos, Gaststätten, Hotels gehindert
- ihnen ist oft der Zugang zu staatlichen Stellen wie Behörden, Schulen, Universitäten verwehrt
- sie sind an der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus, Straßenbahn, Bundesbahn) gehindert
- durch fehlende Sanitäreinrichtungen wird der Aktionsradius behinderter Menschen eingeschränkt
- rollstuhlgerechte Wohnungen sind Mangelware
- Assistenz und Pflege wird nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können
- Blinde und gehörlose Menschen werden von der Kommunikation ausgeschlossen
- die körperliche Behinderung kann zum Ausschluß vom Schöffenamt führen
- körperbehinderte Führerscheinbewerber werden regelmäßig psychologischen Tests unterzogen
- die Diskriminierung geht hin bis zur Gleichsetzung behinderten Lebens mit "nicht lebenswertem" Leben, wie die verlängerte Frist für eine legale Abtreibung bei eugenischer Indikation, die Praxis des Liegenlassens behinderter Neugeborener ("Einbecker Empfehlungen") und die neue, alte Sterbehilfediskussion, angeführt von der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben, zeigen.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß alle moralischen Appelle und Aufklärungskampagnen der vergangenen Jahre keinen erkennbaren Fortschritt für die Rechte und Lebensbedingungen behinderter Menschen gebracht haben. Dies hat behinderte Menschen dazu geführt, wirksame, d.h., einklagbare Rechte zu fordern, die sie vor Diskriminierung schützen und ihnen die Möglichkeiten geben, sich zur Wehr zu setzen.
Im "Düsseldorfer Appell" hat der "Initiativkreis Gleichstellung Behinderter" erstmals die Forderung nach einem Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgesetz einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.
Dieses Rahmengesetz soll die Gleichstellungsansprüche auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen regeln. Ausgangspunkt soll eine Änderung des Artikels 3 des Grundgesetzes sein: Niemand darf wegen seiner körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung benachteiligt oder bevorzugt werden.

In anderen Staaten, z.B. den USA, Kanada, Frankreich gibt es bereits eine solche Gesetzgebung, die behinderte Menschen von Bittstellern zu Menschen mit einklagbaren Bürgerrechten macht. Es wird Zeit, daß auch in der Bundesrepublik Bürgerrechte für Behinderte Realität werden.

Es ist höchste Zeit für ein Anti-Diskriminierungsgesetz!

Minden

Vom TAG DER ARBEIT bis zum ANTI-DISKRIMINIERUNGS-TAG

Die Arbeitsgemeinschaft Behinderter, Senioren und Nichtbehinderter Die Fittinge lud mit dem Film IM WESTEN ALLES NACH PLAN, Geschichten der Armut in der reichen Bundesrepublik, zum Nachdenken ein.
Am Abend des 5. Mai fand ein Podiumsgespräch statt über DISKRIMINIERUNG IN DEUTSCHLAND. In der Tagespresse erschien eine ganzseitige Anzeige, worin diskriminierende Bedingungen benannt werden. Der Aufruf wurde von zahlreichen Personen, Initiativen und Organisationen getragen bzw. unterstützt.
nach Presseberichten, die Redaktion

Moers

Wir, das AKTIONSBÜNDNIS ZUR GLEICHSTELLUNG BEHINDERTER, haben uns um 9.00 Uhr getroffen, um den Infostand aufzubauen. Wir hatten

am Infostand den "Düsseldorfer Appell" auszuliegen und Untersschriften gesammelt. Dann haben wir noch ein Infoblatt erstellt, welches auf die Situation in Moers aufmerksam macht. Wir hatten auch Stellwände mit Fotos und Texten erstellt, auch über die Situation in Moers. Um 11.00 Uhr war Eröffnung und ein Rollstuhlfahrer hielt eine Rede. Wir hatten auch KommunalpolitikerInnen eingeladen, wovon nur drei kamen. Der Vorsitzende vom Behindertenbeirat, die Vorsitzende vom Sozialausschuß und der Oberbürgermeister, er kam aber erst, als wir anfingen abzubauen, um 13.00 Uhr. Alle drei aus der SPD-Fraktion, eine Vertreterin der Grünen kam kurz, die anderen (CDU, FDP) gar nicht.

Das Interesse der vorbeiströmenden "Nichtbehinderten" war gering. Wir haben auch eine Rollstuhlfreifahrt verlost bzw. einige. Der Gewinn jedoch wurde von keinem/keiner angenommen.

Ich hoffe, daß mehr Aktionen folgen, bis ein Gleichstellungsgesetz in Kraft ist. Das werden wir beim Auswertungstreffen des AKTIONSBÜNDNISSES klären. Noch einige Worte über uns. Das AKTIONSBÜNDNIS ZUR GLEICHSTELLUNG BEHINDERTER setzt sich zusammen aus Menschen mit und ohne sichtbare Behinderungen, ca. 16 Leute. Zusammengefunden haben wir uns im Februar 92. Finanziell haben uns der PARITÄTISCHE und die AWO unterstützt.

Heike Bodwasch-Hooymann, AKTIONSBÜNDNIS ZUR GLEICHSSTELLUNG BEHINDERTER

Münster

Behindertenreferat der Uni Münster machte mit

Schon lange Zeit vor dem 5.5.92 entschloß sich das Autonome Behindertenreferat der Studierenden der WWU Münster, am europaweiten Protesttag gegen die Diskriminierung Behinderter teilzunehmen. Doch so spontan dieser Beschluß erging, die darauffolgenden Überlegungen, wie unsere Aktion aussehen soll, waren langwierig und mühsam.

Einerseits sollte es etwas Spektakuläres werden, andererseits war uns von vornherein klar, daß jede öffentlichkeitswirksame Aktion lächerlich sein wird, wenn sie nicht von vielen Leuten getragen wird.

Schließlich entschlossen wir uns, für die Schaffung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes Unterschriften zu sammeln. Gleichzeitig wird damit gefordert, den Katalog der Gleichberechtigten gemäß Art. 3 GG um die behinderten und chronisch kranken Menschen zu erweitern. Um dies aber nicht in aller Stille zu tun, waren wir mit einem Info-Stand in der Innenstadt zu Münster am 2 und am 5. Mai präsent. Dort lagen nicht nur die Unterschriftenlisten aus, sondern auch noch einiges zum Thema "Diskriminierung Behinderter und Anti-Diskriminierungsgesetz" Des weiteren wurden und werden Unterschriftenlisten an viele Einzelpersonen und Gruppen/Institutionen/Organisationen verschickt.

Auf Veranstaltungen - so auch Mitte Juni auf dem Studierendenkongreß in Essen - sammeln wir persönlich Unterschriften. So werden zu den über 500 Unterschriften, bisher liegen so viele vor, hoffentlich noch einige hinzukommen. Später sollen sie an die entsprechenden Politiker übergeben werden. Diesbezüglich haben wir uns mit der BSK in Verbindung gesetzt, die ja bekanntermaßen auch Unterschriften sammelt.

Also hoffen wir, daß unser Beitrag, wenn schon nicht spektakulär, so doch wenigstens wirkungsvoll sein wird.

Beate Holstein, Autonomes Behindertenreferat, Uni Münster

Nürnberg

Am 5.5.92 trafen sich die verschiedensten Behindertenorganisationen und -initiativen, sowie Einzelpersonen aus Nürnberg, dem gesamten mittelfränkischen Raum sowie aus Städten wie Amberg und Regensburg zu einer zentralen Demontration und Kundgebung in Nürnberg, die von der "Integrationsrunde" organisiert wurde und unter dem Motto "Rechte statt Mitleid" stand.

In Fürth hatte sich zuvor schon ein kleiner Demozug von etwa 70 behinderten und nichtbehinderten BürgerInnen gebildet, der die Grundgesetzerweiterung des Artikel 3 auf seinem Weg zum Hauptbahnhof einforderte.

Während der Hauptzug sich langsam in Richtung Hauptbahnhof bewegte, stattete der "Treffpunkt Behinderte-Nichtbehinderte" der Hauptpost, der 1. Station einen Besuch ab.

Es sollte dort ein Protestschreiben an den Postminister Schwarz-Schilling übergeben werden. Hierin wird bemängelt, daß zur Haupthalle des Hauptpostamtes 4 Stufen führen. Es gibt keine rollstuhlgerechte Rampe. Der Diensteingang ist zwar ebenerdig, die Schalterhalle und der Geldautomat sind durch ihn jedoch nicht erreichbar.

Zusammen gingen wir dann die 2. Station an, den Hauptbahnhof. Dort wurde auf dem Bahnhofsvorplatz ein "Denkmal", nämlich ein Rollstuhl mit einer Puppe drin, festzementiert. Hierdurch sollte die in diesem Bereich stattfindende Diskriminierung wie verwehrter Zugang zur Bahnhofshalle, den Bahnsteigen und den Zügen selbst öffentlich gemacht werden. Auch wurde auf die Probleme Blinder und Sehbehinderter (keine Punktschriftmarkierungen, fehlende Ansagen, zu hochhängende Pläne) und Hörbehinderter (schlecht verständliche Ansagen) hingewiesen.

Dann wurde die 3. Station angerollt. Mitten in der schönen Nürnberger Fußgängerzone befindet sich ein ziemlich überflüssiger nicht abgesenkter Bordstein. Kein Problem! Mit etwas Zement und einer selbstgemachten Betonrampe wurde dies schnell geändert. Es handelte sich leider nur um eine "Kurzzeitrampe", denn sie mußte auf einer Plastikfolie aufgebracht werden und wurde zwischenzeitlich wieder entfernt. Vom Ordnungsamt wurde jedoch versichert, es würde geprüft, ob dort eine Rampe machbar wäre. Ein älterer Herr meinte, er hätte auch kranke Beine und wenn wir nicht zufrieden wären, müßten wir halt zuhause bleiben.

Die 4. Station war dann der Bahnhof, der keine rollstuhlgerechte Toilette besitzt. Dort fand sich auch niemand, der die "Urkunde für das behindertenfeindlichste Kauf-Haus" entgegennehmen wollte. Daher wurde sie am Schaufenster mehrmals angebracht. Peinlich für den Kaufhof, er wurde in allen Presseartikeln negativ erwähnt.

Wir vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter in Nürnberg (ZsLN) hatten einen großen Infostand und eine Ausstellung organisiert und aufgebaut. Unsere Ausstellung bestand aus 9 Tafeln, auf denen wir den behinderten und nichtbehinderten MitstreiterInnen und PassantInnen verdeutlichten, wie wir in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Arbeit/Beruf/Ausbildung, ambulante Versorgung, Mobilität, Kultur/Freizeit, Bildung und Verkehr diskriminiert werden. Jede Tafel schloß mit konkreten Forderungen hiergegen ab.

Sehr gefreut hat uns, daß viele nichtbehinderte Passantinnen stehen blieben und unsere Ausstellung aufmerksam studierten.

Der 5.5.92 ist ein Zeichen für die nichtbehinderte Gesellschaft, "daß wir für unsere Rechte in Zukunft selbst eintreten. Darin sind wir behinderte Men-

schen uns europaweit einig."
Nach großem Beifall löste sich die Demo langsam wieder auf.

Fazit: Trotz des schönen Wetters hatten wir Pech, daß an diesem Tag der öffentliche Personenverkehr bestreikt wurde. Daß trotzdem 500 behinderte und nichtbehinderte DemonstrantInnen unterwegs waren, ist SUPER!
Jetzt ist es wichtig, daß wir nicht denken "die Demo ist gemacht, jetzt wird sich schon was tun." Das ADG wird uns noch lange beschäftigen und auf Trab halten. Durch die Demo sind wir etwas in das Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen. Daran müssen wir arbeiten, damit es endlich kein großes Ereignis mehr ist, wenn behinderte MitbürgerInnen im Stadtbild auftauchen, sondern es durch das ADG alltäglich ist.

Gaby Eder, ZSL Nürnberg

Suhl

Aktionstag am 5. Mai

Das Suhler Aktionsbündnis - bestehend aus neun Behindertenverbänden und Selbsthilfegruppen - bereitete über Monate in regelmäßigen Zusammenkünften diesen Tag vor und stimmte die Vorhaben ab.

Konkret gab es folgende Aktionen:
- in Vorbereitung des 5. Mai fand am 14. April ein Podiumsgespräch - organisiert von der Landtagsfraktion Neues Forum/ Grüne/Demokratie Jetzt - mit Uwe Frehse und Vertretern Suhler Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen zum Thema "Anti-Diskriminierungs-Gesetz für Behinderte" statt.
- eine Artikelserie zur Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen mit den Schwerpunkten Arbeitsleben, bauliche Barrieren, öffentliche Verkehrsmittel, Kommunikation und Frauen mit Behinderungen erschien in der Tagespresse.
- in der Nacht vom 4. zum 5. Mai wurden Bordsteinkanten, Stufen, Türen, Telefonzellen u.ä. bauliche Barrieren in der Suhler Innenstadt mit eigens dafür entworfenen Aufklebern versehen. Reaktionen: von nachdenklich und bei uns Rat für Änderungen suchend bis zur Androhung von Maßnahmen gegen uns (nach Aussage unserer Anwälte haben wir jedoch nichts zu befürchten).
- 5. Mai, 10.00 Uhr: Gespräch zwischen Vertretern des Suhler Aktionsbündnisses, der Sozialdezernentin (in Vertretung des sich im Ausland befindlichen Oberbürgermeisters), Abgeordneten der Suhler Stadtverordnetenversammlung, Presse und Rundfunk zur Problematik der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen; Erläuterung und Übergabe des vom Suhler Aktionsbündnis erarbeiteten Diskriminierungskataloges der Stadt Suhl mit Schwerpunkten der Diskriminierung Behinderter und Lösungsansätzen als Arbeitsmaterial für die Kommunalpolitiker;
- 5. Mai, 16.00 Uhr:Protestmarsch mit Transparenten und Flugblättern vom Stadtzentrum zum Bahnhof. Zu Beginn gaben Stadtverordnete aller Fraktionen Statements zu unseren Anliegen ab.

Ergebnis und Nachbemerkungen:
In den Reaktionen der Kommunalpolitiker zeigte sich, daß unsere Forderung nach Gleichstellung schwer in die Köpfe zu bringen ist und so vorrangig die finanzielle Seite beleuchtet wurde. Dennoch haben wir an Öffentlichkeit gewonnen - die Thematik Behinderung erscheint gegenwärtig häufig in der Tagespresse (behinderungsgerechtes Bauen, Erhalt der Beratungsstellen u.ä.).

Durch den Aktionstag wurde die verbands- und schädigungsübergreifende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene gefestigt und soll in regelmäßigen Zusammenkünften - jetzt in Regie des Behindertenbeauftragten - weitergeführt werden.

Kritisch ist anzumerken, daß es durch eine inhaltliche Koordination der einzelnen Initiativen über das Infoblatt "Behinderte in action" hinaus durch das Kasseler Aktionsbündnis noch mehr öffentlichkeitswirksame Möglichkeiten gegeben hätte. Die Vorbereitung des Aktionstages lag meist in den Händen weniger Aktiver. Erst im Nachhinein erfährt man jetzt, was im Einzelnen in mühsamer Kleinarbeit alles entstanden ist. Aufkleber, Flugblätter, Luftballons, Artikel für die Tagespresse etc. hätten von allen Interssierten als zentrales Angebot genutzt werden können. So wurden für jede Stadt eigene Materialien mit gleichen oder ähnlichen Inhalten erarbeitet. Durch höhere Stückzahlen wäre auch eine Kostensenkung möglich gewesen.

Barbara Stötzer, Verband der Behinderten Thüringen e.V.

Tübingen

Um möglichst Viele für die Aktion zu bekommen und das Ganze dezentral zu gestalten, wählten wir eine Zugfahrt von Tübingen nach Albstadt. In diesen Zug stiegen unterwegs andere RollstuhlfahrerInnen zu, was sich als schwierig erwies und dem Zug eine Verspätung einbrachte. Sie war zwar nicht so groß, wie wir erhofften, jedoch konnten wir mit Plakaten und Flugblättern die Mitreisenden über den Aktionstag informieren. Am Zielbahnhof fuhr der Zug extra wegen uns an die Rampe der Güterabfertigung, was den Ausstieg der vielen Rollis und Gehbehinderten wesentlich erleichterte.
Anschließend entwickelte sich eine Spontandemonstration Richtung Innenstadt. Vor dem Rathaus wurde ein von uns eigens hierfür komponiertes Lied gesungen und eine Rede gehalten. Diese Aktion in Albstadt brachte mehr Aufmerksamkeit als die Bahnfahrt.
Zur Rückfahrt nach Tübingen konnte die gesamte Gruppe (ca. 50 Personen) wieder über die Güterabfertigungsrampe einsteigen. Vor dem Tübinger Bahnhof wurde wieder das Lied gesungen und die Rede gehalten. Diesmal waren neben der Zeitung auch das Fernsehen und der Rundfunk dabei, wobei allerdings der Bericht der Landesschau eher mager ausfiel.
Anschließend marschierten wir auf den Hauptverkehrsstraßen Richtung Innenstadt. Schließlich blockierten wir noch eine Hauptkreuzung und verlasen nochmals unsere Rede. Dies brachte meines Erachtens mehr Aufmerksamkeit als die übrigen Aktionen.

Gotthilf Lorch und Werner Kleiner, CeBeeF Tübingen (zum Tübinger Bündnis gehörten insgesamt 7 Gruppen, die Redaktion)

Weißenfels

Behindertentag fand breiten Zuspruch

Zum "Europaweiten Protesttag für die Gleichsstellung Behinderter" am 5. Mai fanden auch in Weißenfels Aktionen statt. Sie wurden vorbereitet und getragen durch den Behindertenverband und die kirchliche Roller Latscher Gruppe. Und dies mit großem Engagement.

In einer Fußgängerzone hatten wir unseren Hauptstand. Dazu gehörte eine kleine Ausstellung unseres Bastelzirkels, ein Basar mit Verkauf von Korbwaren, die uns zur Verfügung gestellt wurden. Die Behindertenwerkstatt beteiligte sich mit einem eigenen Verkaufsstand, an dem Behinderte ihre Erzeugnisse anboten.
Dazwischen war der Informationsstand. Hier gab es Wissenswertes aus dem Verband und Informationsmaterial zu sozialen Themen.

Schwerpunkt des Standes war die Unterschriftenaktion zur Grundgesetzänderung Art. 3, Abs. 3, Aufnahme Behinderter. Diese zentrale Forderung fand breites Echo in der Bevölkerung und viele gaben ihre Unterstützung, wollten damit zur Verbesserung der Situation Behinderter beitragen. Den Kommentar "Endlich wird was für Behinderte getan" hörten wir. Daß es Behinderte waren, die diese Aktion betreuten, war nicht unwichtig.
Dabei verteilten wir als Handzettel den "Weißenfelser Forderungskatalog Behinderter". Die Beseitigung baulicher Barrieren, Bau der Umgehungsstraße, Behindertenbeauftragter der Landesregierung, steuerfinanziertes Pflegegesetz mit einkommensunabhängigem Pflegegeld, Arbeitsplätze und Erhöhung der Ausgleichsabgabe und die Schaffung eines Antidiskriminierungsgesetzes sind zentrale Themen.
Dazu kamen wir mit Kommunalpolitikern und der Vertreterin des Landtagsabgeordneten ins Gespräch. Sie drückten gleichermaßen ihr Verständnis für unsere Anliegen aus. Wohl etwas peinlich war es vor allem den CDU-Vertretern, als wir auf die bundes- und landespolitischen Mängel aufmerksam machten.

Die lokale Presse begleitete uns den Tag und berichtete sehr ausführlich. Im Vorfeld wies sie auf die Aktionen hin, auch mit einem Kommentar. Sehr erfreut waren wir, daß tatsächlich Radio Sachsen-Anhalt den Weg zu uns fand und in guter Weise von unseren Aktionen berichtete. Dies war zweifelsfrei ein Höhepunkt.

Die Kinder sind uns wichtig. Darum fand im neuen noch nicht eingeweihten Behindertenzentrum das Kinderprogramm mit mehreren Aufführungen eines Puppen-Mitspiel-Theaters statt, was behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam erlebten. Alle Beteiligten hatten daran ihre Freude und es kam zu einem Miteinander der Kinder im ständig vollen Saal. Eine Zusatzveranstaltung für die Behindertenwerkstatt wurde spontan eingeschoben.

An mehreren Stellen der Stadt standen Rollstühle und wiesen durch ein lustiges Plakat darauf hin, ob man in das jeweilige Haus gut oder gar nicht hineinkommt.

Ich denke, der Tag war eine gelungene Aktion, um Menschen in der hektischen Zeit auf Mitmenschen, behinderte Menschen mit ihren besonderen Problemen, aufmerksam zu machen.
Guntram Hoffmann, Behindertenverband Weißenfels

Der lange Weg für gleiche Rechte

Ein Kongreßbericht*

Harte Zeiten stehen bevor, wenn behinderte Menschen anfangen, auf Rechte zu pochen, statt sich mit Spenden und rührseligen Geschichten zufrieden zu geben. Harte Zeiten, weil es ganz offensichtlich nicht selbstverständlich ist, daß behinderte Menschen per se die gleichen Rechte und Ansprüche haben wie nichtbehinderte Menschen. Harte Zeiten, denn Rechte zu fordern heißt kämpfen, eben fordern und nicht mehr bitten.



Fotos: Heidi Fischer

5. Mai in Nürnberg

"Herkömmliche Erklärungen für die wirtschaftlichen und sozialen Nachteile Behinderter und herkömmliche Lösungsansätze sind nicht mehr ausreichend. Die Behinderten und ihre Verbände haben erkannt, daß Hauptursache für die Nachteile ihre Diskriminierung in der Gesellschaft ist."
Das wiederum erklärt Collin Barnes am Schluß seines Vortrags anläßlich der 1. Internationalen Konferenz zur Gleichstellung Behinderter am 3. und 4. Mai 1992 in Düsseldorf. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte hatte - fast zeitgleich zum eropaweiten Aktionstag zur Gleichstellung behinderter Menschen - zu dieser Konferenz eingeladen. Internationale Referenten beschreiben die gegenüber behinderten Menschen herrschende Diskriminierung und den Widerstand dagegen, die Hoffnungen und die Forderungen. Wichtig ist der Austausch - über Erfolge, über Aktivitäten, über Strategien oder schlicht: über den Stand der Dinge.

Großbritannien: Es gärt

Dr. Collin Barnes vom Fachbereich für Sozialpolitik und Soziologie an der Universität Leeds, beschreibt die Mechanis-

men, Hintergründe und Folgen der "gesellschaftlich institutionalisierten Diskriminierung", nichts Neues, aber vielleicht gerade deshalb umso wichtiger. Diese Diskriminierung sei politisch gewollt, meint Barnes, denn trotz zahlreicher Absichtserklärungen bzw. Vereinbarungen geschehe nichts, um die festgelegten Ansprüche zu realisieren (bspw. habe Großbritannien zwar das Maßnahmenpaket der UNO von 1982 mitgetragen, aber nichts getan, um es umzusetzen). So sei es unmöglich, einen auch nur annähernd gleichen Lebensstandard behinderter Menschen im Vergleich zu nichtbehinderten zu erreichen.

Obwohl Barnes sehr detailliert auf die britischen Verhältnisse seit 1940 eingeht, erscheinen viele Dinge grundsätzlich, über länderspezifische Gegebenheiten hinweg, vertraut, eben weil die Mißachtung der Rechte behinderter Menschen keine länderspezifische Angelegenheit ist: der weitgehende Ausschluß aus dem gesamten gesellschaftlichen Leben, die Funktion der 'unechten' Behindertenverbände (mit Nichtbehinderten an der Spitze als vermeintliche Interesenvertreter), die gegenseitige Verstärkung von Abhängigkeiten und Isolierung einerseits, Vorurteilen und Ignoranz andererseits - all dies erscheint ungemein vertraut. Als "einzig wirklich repräsentative Vertretung der Behinderten in Großbritannien" hat sich laut Barnes der BCODP erwiesen, ein Dachverband, dem heute insgesamt 88 Verbände mit über 250.000 behinderten Mitgliedern angehören.
Großbritannien sei zwar eines der ersten westlichen Industrieländer gewesen, in dem Ansprüche für behinderte Menschen gesetzlich verankert wurden, doch sei ein "im Ergebnis ... erheblicher Rückschritt" festzustellen. Die - im Vergleich zu den USA - relativ defensive öffentliche Haltung behinderter Menschen in Großbritannien beginne sich aber zu wandeln. Seit der Demonstration "Rechte statt Wohltätigkeit" im Juli 1988 gebe es immer mehr Demonstrationen und andere Protestveranstaltungen. Um auf sich aufmerksam zu machen, seien behinderte Menschen "jetzt bereit, sich verspotten zu lassen, sich verhaften zu lassen und sogar ins Gefängnis zu gehen."

Nicht hinnehmbar sei die "gezielte Verweigerung der Gleichstellung von Behinderten" auch deshalb, weil der Gesetzgeber andere benachteiligte Gruppen geschützt habe. In Großbritannien werde jetzt, analog zu Regelungen in den USA, Australien, Kanada oder Frankreich, von behinderten Menschen und ihren Verbänden ein ähnliches Gesetz



gefordert, ein Gesetz, das gesellschaftliche Rechte einklagbar mache.

USA: Die Theorie muß Praxis werden

Recht kämpferisch mutet der Beitrag von Justin Dart aus Washington an. Die Zeit sei reif für eine weltweite Revolution, "mit der die internationale Behindertengemeinschaft gemeinsam in ihrem leidenschaftlichen Kampf für die gerechte Sache den Prinzipien der Gleichheit und der Befähigung zum Durchbruch verhilft". Dart beschreibt idealtypische Bilder. Eine von Rationalität getragene Gesellschaft gebe sich keine Behindertenpolitik, sondern lediglich eine Politik zur Befähigung aller Menschen. Befähigung zur Befähigung, das ist Darts Zauberformel, eine Politik für alle Menschen, nur so könne Lebensqualität geschaffen werden. So wunderbar es klingt, so offen bleibt doch, was eigentlich damit gemeint ist. Dagegen hört sich Dart ungewohnt pragmatisch an, wenn er feststellt, daß bei allen Forderungen zur Durchsetzung der Menschenrechte von Personen mit Behinderung "immer ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen der Forderung nach sofortiger Beseitigung eines diskriminierenden Tatbestandes und den wirtschaftlichen Interessen gesucht werden" müsse. Wenn bspw. eine Maßnahme für einen Betrieb unzumutbar sei, seien durchaus Übergangsregelungen, sprich Kompromisse, denkbar. Was aber ist unzumutbar und wer legt das fest? Auch das bleibt offen.

Weltweit seien mehr als eine halbe Milliarde behinderte Menschen die größte, die am stärksten isolierte, die ärmste und die am heftigsten unterdrückte Minderheit, betont Dart; der kürzlich veröffentlichte Bericht der Vereinten Nationen zu Menschenrechten und Behinderung verweise auf erschreckende Verletzungen von Grundrechten behinderter Menschen. Mit dem US-amerikanischen Anti-Diskriminierungsgesetz würden nun zum ersten Mal die vollen Bürgerrechte für Behinderte zugesagt. Allerdings seien Gleichberechtigung und Teilhabe am Wohlstand damit noch nicht gegeben, das Gesetz schaffe nur die Grundlagen dafür. Könnten wir uns angesichts von Rezession und Krisen aber überhaupt leisten, die Menschen zu befähigen? Nun, sagt Dart, wir könnten uns nicht leisten, sie nicht zu befähigen.
Dart glaubt an die Menschen, er glaubt an den Sieg.

Frankreich: Diskriminierung verboten

In Frankreich gibt es seit dem 12. Juli 1990 ein Anti-Diskriminierungsgesetz. Die Wende sei 1949 mit dem Cardonnier-Gesetz (Zielsetzung ist die Integration in das Wirtschaftsleben) eingetreten, meint Paul Boulinier, denn es hätte behinderte Menschen erstmalig als vollwertige Bürger anerkannt. Aber, fragt Boulinier, sei Eingliederung über die Arbeit denn die einzige Möglichkeit, Diskriminierung zu bekämpfen? Welche Folgen ergeben sich daraus für diejenigen behinderten Menschen, die eben nicht arbeitsfähig seien? Und: Könnten die gesetzlichen Maßnahmen wirksam verhindern, daß Behinderte nicht trotzdem "durch die Gesellschaft selbst ausgegrenzt" würden?

Kanada: Diskriminierungsschutz in der Verfassung verankert

Eine ganze Reihe von Fragen hinsichtlich der gesetzlichen Regelung von Diskriminierung erörtert auch Anne Molloy. Auf dem Hintergrund, daß Gleichberechtigungsansprüche in Kanada generell geschützt sind, sichert die kanadische

Grundrechts-Charta allen Bürgern Gleichberechtigung ohne Diskriminierung zu, eingeschlossen geistige oder körperliche Schwächen. Gesetze im Widerspruch zur Charta sind unwirksam. Die von der Charta garantierten Rechte können aber auf vertretbare Weise eingeschränkt werden und bestimmte Gesetze können ausdrücklich vom Geltungsbereich der Charta ausgenommen werden.

Niederlande: Keine Diskriminierung?

Pauline Versteegh aus den Niederlanden berichtet über die Aktivitäten des "Rates behinderter Menschen" für eine Gleichstellungsgesetzgebung. Im Frühjahr 1991 habe der Rat begonnen, gegen die Ausklammerung behinderter Menschen aus dem allgemeinen Gesetz für eine Gleichbehandlung zu protestieren, diese Ausklammerung sei ein Affront für behinderte Menschen. Antwort der Regierung: es gebe keine Diskriminierung behinderter Menschen. Behinderte Bürger hätten keinen Grund, sich diskriminiert zu fühlen.(!) Und weiter: Ein generelles Diskriminierungsverbot "dieser Gruppe", sprich der behinderten Menschen, führe zu einer Rechtsunsicherheit der übrigen Bürger (die Rechtssicherheit behinderter Menschen sei dagegen kein Thema, merkt Versteegh an). Der "Gehandicaptenraad" will nun die Öffentlichkeit über den "Tatbestand der Diskriminierung" informieren. Grund für die "legale Diskriminierung" sei die Angst der Nichtbehinderten vor der Forderung behinderter Menschen nach "einem vollwertigen Platz in der Gesellschaft", erklärt Versteegh. Wenn Menschen mit einer Behinderung etwas erreichen, werde dies von nichtbehinderten Menschen als Bedrohung angesehen.

Bundesrepublik Deutschland: Erst am Anfang

Der Beitrag von Horst Frehe ist ein vehementes Plädoyer für ein Anti-Diskriminierungsgesetz und eine Änderung des Art. 3 Grundgesetz (vgl. O-Töne).

Auch Frehe weiß natürlich, daß Gesetze nur begrenzt den persönlichen Umgang der Menschen untereinander bestimmen, das räumt er zu Beginn ein. Dennoch, meint er, verändere sich das Verhalten der Allgemeinheit, wenn sich behinderte Bürger auf ihnen zustehende Rechte berufen könnten und nicht mehr auf das Wohlwollen ihrer nichtbehinderten Gegenüber angewiesen seien. Auf der Grundlage einklagbarer Rechte seien behinderte Menschen "keine bemitleidenswerten Objekte mehr, sondern gleichberechtigte Partner, mit denen man bei Interessenkollisionen auf gleicher Ebene verhandeln muß." Unter Verweis auf die immer stärker werdende Bedrohung des Lebensrechts behinderter Menschen fordert Frehe, auch die Achtung der Menschenwürde Behinderter durch ein Diskriminierungsverbot gesetzlich zu verankern. Und die Beweislast werde umgekehrt. Bis jetzt müßten behinderte Menschen ihre Ansprüche begründen, auf der Basis eines Gleichstellungsgesetzes müßte dagegen die Ungleichheit begründet werden. Dann stünde nicht mehr die "ermüdende Diskussion über das 'warum' der Integration, sondern nur noch das 'wie'" zur Debatte.



Was muß ein Gleichstellungsgesetz umfassen?

Hier nennt Frehe erstens: die Absicherung der allgemeinen Menschenrechte, wie sie durch die Menschenrechts-Charta und Artikel 1 Grundgesetz garantiert seien (behindertes Leben gelte mitunter nicht viel und sei zumindest weniger geschützt als das Nichtbehinderter), zweitens die Absicherung gleicher Bürgerrechte (z.B. der zusätzliche psychologische Test für den Führerschein; unsere Bürgerrechte seien in einem Maße eingeschränkt, wie das kein Nichtbehinderter hinnehmen würde) und drittens müßten auch die Rechtsmittel vorgesehen sein, um diese Rechte durchsetzen zu können. Erforderlich seien unabhängige Beratungs- und Beschwerdestellen, Antidiskriminierungskommissionen oder parlamentarische Behindertenbeauftragte mit Eingriffsrechten. Weiter gehöre dazu das Recht auf Akteneinsicht, die Möglichkeit der Diskriminierungsklage und Anspruch auf Schadenersatz.

Für die Zukunft fordert Frehe "eine neue Qualität der Zusammenarbeit Behinderter quer zu allen Verbandsstrukturen, über ideologische Vorbehalte und Organisationsegoismen hinweg (und) eine Bürgerbewegung, die die Diskussion um ein Gleichsstellungsgesetz zu dem politischen Schwerpunkt der nächsten Jahre erhebt."

Nachdenkliches

Nun denn, es gibt genügend zu tun. Abschließend seien jedoch auch ein paar nachdenkliche Töne erlaubt.

Nicht, daß ich Bedenken gegen die eigene Gleichstellung hätte. Ein Gesetz ersetzt zwar nicht die Auseinandersetzung, doch kann es vielleicht wichtige Weichen stellen in die 'richtige' Richtung.

Nur frage ich mich als juristische Laiin, wer eigentlich bestimmt, was Diskriminierung ist. Die Macht der Auslegung liegt in der Regel ja bei Juristen und Gerichten. Wie können wir verhindern, daß die, die uns aussondern, ausgrenzen und diskriminieren, darüber bestimmen, ob wir uns diskriminiert fühlen dürfen? Und besteht nicht die Gefahr, von den großen Verbänden, wenn sie denn auf den Zug aufspringen, vereinnahmt zu werden, nach dem Motto: die einen liefern die (guten) Ideen, die anderen machen die Politik?

Der zweite Punkt: Auch das schönste Anti-Diskriminierungsgesetz wird uns nicht das "Krüppelparadies" bescheren. Die Erwartungen an ein solches Gesetz scheinen mir manchmal arg hoch gesteckt. Die Diskussion sollte künftig auch darauf eingehen, was ein Gesetz leisten kann und was nicht.

Was könnte z.B. ein Martin Seidler oder jemand in einer ähnlichen Situation (vgl. Dokumentation) von einem Anti-Diskriminierungsges[...]

Könnte ein [...]

überhaupt er[...]



* Die Zusammenfass[...] liegenden Vorträge[...] rentInnen. Deshalb k[...] lauf der Veranstaltung[...]

O-Töne

INITIATIVKREIS GLEICHSSTELLUNG BEHINDERTER

Vorschlag zu einer Änderung des Grundgesetzes Bremen, 20. März 1992 **Artikel 3 GG (Gleichheit)**
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Jede Willkür ist der öffentlichen Gewalt untersagt. Eine Ungleichbehandlung ist nur zulässig, wenn sie aus zwingenden sachlichen Gründen geboten ist. Der Staat ist verpflichtet, auf eine Gleichstellung Aller hinzuwirken.
(2) Jeder schuldet jedem die Anerkennung als Gleicher.
(3) Frauen und Männer sind gleichberechtigt.
(4) Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, **seiner körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung**, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

DENN SIE WISSEN NICHT, WAS SIE TUN?

Die Frage:
"**Wie** und in welchen Zeiträumen **will die Bundesregierung** die im "Düsseldorfer Appell" formulierte und auf dem europaweiten Protesttag am 5. Mai 1992 in mehr als 60 Städten deutlich bekräftigte Anregung fast aller Behindertenorganisationen, das Diskriminierungsverbot von Menschen mit Behinderungen durch eine Ergänzung des Grundgesetzes Artikel 3 Abs. 3 durch **den Zusatz "... daß niemand auf Grund seiner körperlichen, geistigen oder seelischen Eigenschaften bevorzugt oder benachteiligt werden darf", aufgreifen und umsetzen?**
Ilja Seifert in der Fragestunde des Bundestages am 3.6.1992.

Die Antwort:
"... Die genannte Aufgabe ... stellt sich in immer wieder neuen - und auch in ...cht 'aufgearbeiteten' alten - Zusammenhängen. Es ist jedoch zweifelhaft, ... in dem "Düsseldorfer Appell" vorgeschlagene Grundgesetzänderung dabei helfen würde und ob das dort Formulierte - daß "niemand wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung benachteiligt oder bevorzugt werden" darf - wirklich gewollt ist.
Beispielsweise könnte der vorgeschlagenen Fassung entnommen werden, daß die nach dem Schwerbehindertengesetz bestehenden Pflichten entfallen müßten, Schwerbehinderte "bevorzugt" einzustellen. Auch Sozialleistungen zur Rehabilitation, die durchweg als "besondere Hilfen" für behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen geleistet werden, wären nach dem vorgeschlagenen Text in dieser Form kaum noch möglich. Aus diesen Erwägungen befürwortet die Bundesregierung derzeit nicht, das Grundgesetz in der vorgeschlagenen Weise zu ergänzen. ..."
Horst Günther, MdB, Parlamentarischer Staatsekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 3.6.1992

"SOLCH EIN NONSENS!"

Stellungnahme von Horst Frehe, Richter am Sozialgericht in Bremen:

Die Antwort zeugt davon, daß der Beantwortende die gesamte Rechtsprechung zum Artikel 3 Grundgesetz nicht kennt und in völliger Unkenntnis und Verkennung dieser Tatsachen oder eben gezielt, bewußt, fälschlich diese Auskunft gibt.

Wenn das so wäre, hypothetisch, wären alle Gleichstellungsgesetze für Frauen völlig unmöglich und unzulässig, weil dort noch viel drastischer steht, daß nicht nur niemand wegen seines Geschlechts bevorzugt und benachteiligt werden darf, sondern in Artikel 3 Abs. 2 Grundgesetz steht: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt." Das heißt, da ist die Gleichheit doppelt verankert.

Trotzdem ist es völlig außer Zweifel, daß es z.B. Gleichstellungsgesetze geben kann, die eine bevorzugte Einstellung von Frauen vorsehen. Im "Benda-Gutachten" (Benda war Richter am Bundesverfassungsgericht) ist das ganz deutlich dargelegt. Das Bundesverfassungsgericht hat zu Artikel 3 entwickelt, daß Gleiches gleich zu behandeln ist und Ungleiches ungleich.

Wenn also jemand wegen einer Behinderung größere Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt hat, dann ist er nicht in der gleichen Situation wie ein Nichtbehinderter und kann daher auch bevorzugt, also ungleich behandelt werden. Wenn Behinderte auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt die gleichen Chancen hätten wie Nichtbehinderte, wäre das Schwerbehindertengesetz unzulässig. Da aber Behinderte auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt keine oder deutlich geringere Chancen haben, ist ein Quotensystem, also auch eine bevorzugte Einstellung, zulässig.

Es geht eigentlich nur um Angstmache, um das (die Grundgesetzänderung, die Red.) abzubügeln.
Aus diesem Gleichheitsgrundsatz **abzuleiten, daß Rehabilitationsmaßnahmen dann nicht mehr gewährt werden können, das ist solch ein Nonsens! Wenn jemand das ernst gemeint hat, dann müßte er sich sein juristisches Lehrgeld wiedergeben lassen. Rehabilitationsmaßnahmen sind ja gerade darauf ausgerichtet, gleiche Startchancen zu schaffen. Aus dem Gleichheitsgrundsatz wären gerade besondere Rehabilitationsleistungen geboten, viel mehr als bisher.**
Bisher ist es nur eine soziale Leistung und dann wäre das ein bürgerrechtlicher Anspruch.
Die Antwort des Staatssektretärs baut darauf, daß die Leute juristisch keine Kenntnisse haben und versucht, sie mit dümmlichsten Argumenten zu übertölpeln.

Ich verweise nocheinmal auf das "BendaGutachten". Das beschäftigt sich insbesondere damit, ob eine sogenannte positive Diskriminierung von Frauen möglich ist. Das heißt, ob man in ein Gleichstellungsgesetz für Frauen reinschreiben darf, daß Frauen bevorzugt eingestellt werden sollen, solange nicht eine Gleichstellung erreicht ist und er (Benda, die Red.) sagt:
Das kann man nur unter Berücksichtigung der Qualifikation machen - genauso, wie das Schwerbehindertengesetz das auch macht - man kann das nicht völlig unabhängig von der Qualifikation machen. Aber dann kann man es solange machen, solange keine Gleichstellung erreicht ist. Das folgt aus dem Artikel 3.
(Hervorhebungen durch die Redaktion)

Interview
Protesttag: Entscheidende Zeichen gesetzt

Nach dem Europaweiten Aktionstag führte Jörg Fretter im Auftrag der *'randschau'* mit den Kasseler Organisatoren/Koordinatoren Ottmar Miles-Paul und Uwe Frehse nachfolgendes Interview:



Foto: Harald Kuhlich

Aktionstag 5. Mai, Demonstration in Kassel

die randschau: Könntet Ihr, als Initiatoren und Koordinatoren des europaweiten Protesttages, etwas über die Resonanz sagen, die Rückmeldungen, die Ihr bekommen habt?

Uwe Frehse: Ja, zunächst einmal, daß wir wirklich überrascht waren von den Rückmeldungen, die wir von überall herbekommen haben. Dabei war viel private Post, von Behinderten, die über ihre Situation geklagt haben. Die Resonanz kann man an dem Reader sehen, den Ottmar derzeit zusammenstellt. Über 120 Seiten sind schon zusammengekommen.
Und es war wirklich überwältigend, wie umfangreich der Rücklauf aus ganz Europa war. Mir haben zum Beispiel auch Behinderte geschrieben aus Gefängnissen. Einer, aus Hamburg, der Schwierigkeiten hat, beim Hofgang mitzugehen, weil der Knast nicht rollstuhlgerecht ist, und solche Sachen!
Ich denke, für die Zukunft müssen wir vor allen Dingen erreichen, daß uns die Wohlfahrtsverbände nicht länger vertreten, wie das im Paragraph 35 des Schwerbehindertengesetzes, Absatz 3, geregelt ist. Wir sehen das ja jetzt ganz deutlich bei der sog. Neuregelung der Pflege, der Pflegeversicherung, wo die SPD die Pflege an Einrichtungen binden will und der ambulante Bereich deutlich weniger gefördert werden soll. Und es ist ja ganz klar, woher das kommt: Die ganzen Wohlfahrtsverbände, Vertreter der Einrichtungen oder Rehabilitationsanstalten, Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit und so weiter, die uns aufgrund dieser Regelung im Schwerbehindertengesetz vertreten sollen, sind maßgeblich ebenfalls die Betreiber diese Einrichtungen. Daß DIE uns gesetzlich vertreten, und WIR keine Möglichkeiten haben, uns selbst zu vertreten, ist ein schlechter Witz.
Wir können höchstens über unsere Mitgliedschaft bei diesen Wohlfahrtsverbänden versuchen, Einfluß zu nehmen, aber auch dann sind die im Endeffekt nicht unser Sprachrohr.
Und von daher kommt diese ganz eindeutige, tendenzielle Förderung der Einrichtungen, wo schwerpunktmäßig die Leistungen an Organisationen gebunden werden und nicht an die Behinderten selbst, die sie im Endeffekt brauchen.
Und ich glaube, daß die Behinderten, speziell jetzt in Deutschland, nicht mehr lange bereit sind, dabei zuzusehen, und diese Entmündigung und Diskriminierung länger zu erdulden und zu ertragen. Und ich denke, daß der Protesttag am 5. Mai so ein Versuch war, von jedem einzelnen, der sich daran beteiligt hat, zu gucken, wie groß hier eigentlich der gemeinsame Nenner ist. Die Zukunft wird - so hoffe ich - sein, daß man diese Kürzungen und diese Bevormundung, diese Aussonderung nicht mehr hinnimmt, und eben zu anderen, radikaleren Aktionsformen übergeht.
Wenn dies nicht der Fall sein wird, denke ich, daß es zukünftig nur noch ganz radikal bergab geht!
Das sieht man jetzt u.a. bei den massiven ABM-Kürzungen, daß die systematisch die ganzen kleinen Organisationen und Vereine treffen, so wie viele unserer Zentren für Selbstbestimmtes Leben. Die krebsen am absoluten Existenzminimum rum und es ist absehbar, daß die einen oder anderen im Herbst Hops gehen, also nicht mehr existieren werden.

die randschau: Welche Ergebnisse hat nun der Europaweite Aktionstag - Euerer Einschätzung nach - gebracht?

Uwe Frehse: Das Austesten und "mal Sehen", inwieweit wir etwas gemeinsam, also auf größerer Ebene machen können. Und natürlich, vor allen Dingen, das Austesten, ob wir auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Das war, glaub' ich, das Wichtigste daran. Und, daß klar geworden ist, was heißt das eigentlich, Diskriminierung, wo werden wir diskriminiert? Aber auch, kann man dies und

jenes als Diskriminierung bezeichnen? Das ist eigentlich das Allerwichtigste gewesen.
Und die enormen Rückmeldungen haben uns gezeigt, daß die Menschen mit Behinderungen sich europaweit darüber im Klaren sind, daß sie diskriminiert werden. Es kam auch ganz deutlich heraus, daß es hier nicht darum geht, weitere neue Sozialleistungen und Gelder zu bekommen, sondern es geht hier eindeutig darum, als Menschen in diesem Land oder in diesem Europa akzeptiert zu werden, als Menschen mit Behinderung gleichberechtigt zu leben.

die randschau: Was werden Euere nächsten Schritte auf dem Weg zu einem ADG sein?

Ottmar Miles-Paul: Ich denke, mit dem Protesttag wurde ein ganz entscheidendes Zeichen gesetzt, daß es vielen Behinderten, und vor allem auch Behindertenorganisationen, mit dieser Forderung nach Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungs-Gesetzen ernst ist. Dies ist jetzt aber für uns nicht das Ende der Kampagne. Wir waren ein Jahr damit beschäftigt, aber ich denke, jetzt geht's erst richtig los. Aktionsbündnisse haben sich in den einzelnen Städten formiert, einzelne Gruppen haben gesehen, daß sie miteinander doch Demonstrationen organisieren können, daß es sich lohnt, zusammen vorzugehen. Und ich hoffe, daß hier in Zukunft eine ganz gute Basis geschaffen wird, daß man auch zu anderen Aktionen in der Lage ist. Ich glaube, wir müssen uns eine bessere Organisation schaffen, dies ist eines der wichtigsten Dinge. Bisher lief fast alles ehrenamtlich, was wir gemacht haben. Wir müssen Möglichkeiten finden, wie wir die Organisation dieser Kampagne für ein Gleichstellungsgesetz effektiver gestalten und auf finanziell bessere Beine stellen können. Außerdem müssen wir, was beim Aktionstag bereits ansatzweise gelungen ist, fortsetzen: Diejenigen, die die Lobbyarbeit machen, die also Beziehungen zu den Politikern haben, in stärkeren Einklang mit denen bringen, die Aktionen machen. Hier muß es eine verstärkte Zusammenarbeit geben.
Es ist vorstellbar, daß wir zielgerichteter zusammenarbeiten: Daß, wenn jetzt zum Beispiel die Verfassungskommission tagt, die einen mit den Politikern reden und die anderen stehen vor den Parteibüros und halten Mahnwachen ab, bis Paragraph 3 im Grundgesetz drin ist, zum Beispiel.
Man müßte mal darüber nachdenken, aufgrund der Erfahrungen mit Demonstrationen und zivilem Ungehorsam, ob man nicht vielleicht sogar, ich nenn es jetzt mal provokant, eine "Einsatztruppe" schaffen sollte. So daß, wenn akute oder aktuelle Fälle von Diskriminierung auftauchen, und die Leute vor Ort es wünschen, mehr Behinderte kommen. Daß man gezielte, radikalere Proteste veranstaltet, um mehr Öffentlichkeit zu schaffen und deutlich zu machen: So geht's nicht mehr!
Unsere Richtung sieht so aus: Wir brauchen bessere Organisationsstrukturen, eine Stärkung der Bündnisse vor Ort und weitere Protestformen. Und vor allem, gezieltere Einflußnahmen auf Politiker, ohne das läuft überhaupt nix.

Uwe Frehse: Zudem wird's Zeit, daß man unsere Bedürfnisse und unsere Hilfssysteme, wie wir sie entwickelt haben und wie wir sie praktizieren, anerkennt. Es muß aufhören, daß das ganze Geld nur in die bestehenden Organisationen und Betriebe, sprich die Einrichtungen, die Sonderschulen, die Sonderfahrdienste, die Berufsbildungswerke für Behinderte, die Werkstätten für Behinderte, reingesteckt wird. Das die das Einzige sind, was anerkannt und gefördert wird. Und für andere Hilfsformen, zum Beispiel die Persönliche Assistenz, Prozesse von ein, zwei Jahren hinweg laufen. Behinderte, die in der Gemeinde, in der Kommune leben, und lernen, nach dieser ganzen Aussonderung, z.B. wenn sie ein Studium angefangen haben, wie sie ihre Hilfe organisieren, wie sie zurechtkommen, werden überhaupt nicht gefördert. Da müssen wir hinkommen, daß damit endlich Schluß ist, und daß unsere Bedürfnisse gehört und wahrgenommen werden, und daß dies dann auch gefördert wird.

Ottmar Miles-Paul: Das würde ich auch als einen der größten Erfolge des Aktionstags bezeichnen, daß endlich Behinderte selbst, auf breiter Ebene, also nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern, ihre Stimme erhoben haben: Leute aus Behindertenwerkstätten, aus Anstalten, Leute, die Diskriminierung im Öffentlichen Nahverkehr erfahren - also Leute, die auf eigene Erfahrungen zurückgreifen können. Die haben sich endlich ins politische Geschehen eingemischt, sind laut geworden, sind an die Presse gegangen. Das ist ein ganz wichtiger Faktor, der natürlich auch dazu hinführt, daß endlich Behinderte in der gesamten Angebotsstruktur die es im Behindertenbereich gibt, die Macht übernehmen müssen. Zumindest sollten mehr Projekte für Behinderte, die von Behinderten selbst durchgeführt werden, in Zukunft auch vorrangig gefördert werden.

die randschau: Ihr sucht bei der Durchsetzung eines Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgesetzes auch die Zusammenarbeit mit den großen Verbänden. Habt Ihr keine Angst davor, daß Ihr von denen - in 'liebevoller' Umarmung - zunächst vereinnahmt und dann erdrückt werdet?

Uwe Frehse: Wir suchen natürlich die Kontakte mit jedem, der auf dieser Linie ist und behinderte Menschen in dieser Richtung unterstützt, da ist es völlig egal, ob es Nichtbehinderte sind oder Behinderte. Ein wesentlicher Ansatz ist natürlich bei uns, daß die Hilfsformen am besten oder idealsten umgesetzt werden könnnen, wenn andere Behinderte - behinderte Berater, behinderte Trainer - behinderten Kunden zeigen, wie das geht. So wird das am schnellsten und einfachsten angenommen. Einfach durch dieses Rollenvorbild, etc. Und da wissen auch diese Nichtbehinderten, Freunde, möcht'ich mal sagen, daß sie dazu einfach nicht in der Lage sind.

Aber, wie gesagt, wir arbeiten da mit sehr vielen zusammen, auch mit großen Verbänden, obwohl ich nicht glaube, daß es im Endeffekt zu einer wirklichen, offiziellen Kooperaration kommen wird. Vor allem deshalb, weil diese großen Verbände in aller Regel maßgeblich an dem Betrieb von diesen Aussonderungseinrichtungen beteiligt sind und auch meistens ihre Arbeitsplätze und überhaupt ihre ganze Funktion, ihr ganzes Dasein damit verbunden ist. Und von daher werden diese Einrichtungen, die wir natürlich grundsätzlich ablehnen, weil sie für Menschen Verachtung empfinden, sich niemals ihr eignes Wasser, ihre eigene Lebensquelle, ihren ganzen Profit, den sie eigentlich da rausziehen, abgraben.
Von daher wird es niemals zu einer wirklichen, echten Unterstützung durch diese Wohlfahrtsverbände kommen.
Und genau aus diesem Grund fordern wir, als nächste Konsequenz nach dem 5. Mai, daß diese Regelung im Schwerbehindertengesetz aufgehoben wird und daß Gesetze geschaffen werden, nach denen die Behinderten selbst sich vertreten können und die Hilfen, die sie benötigen, selbst benennen können.

die randschau: Glaubt Ihr wirklich, daß Ihr die Verbände dazu bringen könnt, sich auf die Unterstützung eines ADG einzulassen, daß doch auch dazu dienen wird ihre Macht zu beschneiden?

Ottmar Miles-Paul: Was haben wir hier überhaupt gemacht? Die Situation war: Wir treten ein für das Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungs-Gesetz. Bei diesem Gesetz geht es sowohl um archi-

tektonische Barrieren, was noch relativ einfach zu erklären ist, es geht aber auch um das Recht, gleichberechtigt in der Gemeinde leben zu können. Wir favorisieren hier das Wahlrecht, daß behinderte Menschen wählen können, wo sie leben wollen, bei akzeptablen Möglichkeiten. Auf dieser Grundlage für solch ein Gleichstellungsgesetz, hat die Zusammenarbeit mit einigen größeren Verbänden bisher gut geklappt. Ich darf betonen, es sind hauptsächlich progressive Einzelpersonen, die sich in diesen Verbänden engagieren, die versuchen auch diese neuen Ideen in ihren Verbänden durchzusetzen, und das ist ein langer Prozeß. Aber ich denke, daß ist eine gegenseitige Geschichte. Die großen Verbände, die haben natürlich Angst, daß sie von uns, der Behinderten- bzw. Selbstbestimmt-Leben-Bewegung, vor unseren Karren gespannt werden. Bei uns ist natürlich auch die Befürchtung, daß wir irgendwann einmal draußen vor sind, und die großen Verbände die Politik machen. Das ist ein Wechselprozeß und so muß man es auch sehen.
Was in der ganzen Debatte und in den Aktionen klargeworden ist, ist, daß wir uns beide brauchen, wenn so ein Gesetz jemals nur annähernd Wirklichkeit werden sollte. Denn die großen Verbände, die haben die Lobby, die wir noch nicht haben. Aber wir schaffen es, die Leute auf die Straße zu kriegen. Man muß das hervorheben: die Protestaktionen wurden hauptsächlich von den Basisgruppen vor Ort getragen, das waren nicht die großen Verbände, die hier was aufgezogen haben. Ich denke, das war eine gute Verbindung. Wir haben die Protestaktionen auf der Straße gemacht, die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH) machte eine internationale Konferenz zu inhaltlichen Punkten. Das war eigentlich so ganz okay.

Uwe Frehse: Ja, wobei man auch deutlich gesehen hat, daß sie die Leute zu der BAGH-Tagung nicht zusammengekriegt haben.

Ottmar Miles-Paul: Ja, für die großen Verbände ist es einfach schwierig die Leute zu mobilisieren, dafür haben sie die politischen Möglichkeiten...
Inwieweit wir von den großen Verbänden aufgefressen werden, wird ganz entscheidend davon abhängen, inwieweit Behinderte vor Ort, in ihrer Gruppe, bereit sind, sich dieses Themas anzunehmen. Wenn es natürlich nur wenige sind, dann ist die Gefahr wesentlich größer, daß wir irgenwann einmal draußen vor sind, aber das kann ich mir im Moment nicht vorstellen.

die randschau: Wie denkt Ihr Euch in Zukunft die Zusammenarbeit der Basis-Inis? Bisher gibt es ja, wenn überhaupt, nur eine relativ lose Vernetzung. In welche Richtung zielen dabei Euere Überlegungen?

Uwe Frehse: Das ist schwierig. Es gibt bei uns verschiedene Überlegungen. Ich denke, der nächste Ansprechpartner wäre die Interessensvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland. Die war zunächst einmal als eine reine Dachorganisation der Zentren für Selbstbestimmtes Leben gedacht. Es gibt konkrete Überlegungen, da weiterzugehen, daß man weitere Angebote macht, wie diese Wochenenden mehrmals im Jahr, etwa wie in Verden. Denkbar wäre es auch, daß man .Anlaufstellen schafft, für jeden, der sich für die Arbeit und die Inhalte interessiert. Tatsächlich ist es momentan so, daß wir arbeitsmäßig am Rande unserer Kräfte sind und auch nicht wissen, wie, wer, wann und wo das gemacht werden soll.

die randschau: Könnt Ihr sagen, wieviel Menschen bei der Koordination des Aktionstages von Kassel aus mitgewirkt haben?

Ottmar Miles-Paul: Gut, das ist ein Umfeld von 10, 15 Leuten. Also ein großes Umfeld, das mehr oder weniger aktive Aufgaben übernimmt. Wir in Kassel haben das koordiniert, aber dann gibt es in den einzelnen Ländern aktive Leute, mit denen wir auch Kontakt haben, die die Organisation in ihren Ländern natürlich selbst gemacht haben. Was wir hier in der Bundesrepublik gemacht haben? Wir haben Briefe rausgeschickt, Informationen verteilt, sind vielleicht zu der einen oder anderen Veranstaltung hin, haben das Ganze zusammengestellt und haben eine Pressekonferenz gemacht. Jetzt dokumentieren wir das Ganze noch, aber im Prinzip haben die Leute vor Ort genauso Koordination gemacht wie wir, ohne die wäre das alles gar nicht gelaufen.

die randschau: Wird Euch in Kassel jetzt, nach einem Jahr ständiger Arbeit zum ADG, die Luft ausgehen?

Uwe Frehse: Der Punkt ist ja der, daß unsere Arbeit, unsere Ideologie, unsere Forderungen, und unsere Hilfen, die wir entwickelt haben, nicht gefördert werden. Wenn das so bleibt, dann wird uns die Luft ausgehen, wird es nicht weitergehen können.

Ottmar Miles-Paul: Also, ich denk', gerade in einer Zeit wie jetzt, wo Sozialkürzungen eigentlich tagtäglich in der Zeitung zu lesen und im Fernsehen zu sehen sind, wird ziemlich klar, was da eigentlich auf uns zukommt. Es ist klarer denn je, wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Wenn man sich mal Behindertenpolitik in den letzten Jahren anguckt, da geht es eher rückwärts als vorwärts. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Vor allem mit der Nichtbereitstellung der finanziellen Grundlage für die Zentren für Selbstbestimmtes Leben wird nochmal ein wichtiger Bereich, der sich in den letzten Jahren entwickelt hat, im Prinzip abgemurkst. Das ist der eine Faktor. Natürlich sind wir in einer miserablen Position, die Lobby ist immer noch bei denjenigen, die unsere Aussonderung betreiben. Ich würde sagen, vielleicht eher stärker denn je. Was wir geschafft haben, ist, unsere Ideen und das, was wir wollen, mal in den Vordergrund zu rücken. Ich glaube, es ist deutlich geworden, daß Behinderte das schlichtweg am besten können. Nämlich, es haben sich auch Nichtbehinderte an diesen Aktionen beteiligt, aber es waren vorrangig Behinderte, denen es wichtig genug war, auf die Straße zu gehen, sich zu engagieren.

In Zukunft werden wir es noch schwerer haben, wenn wir es nicht schaffen, uns wirklich gut zu organisieren: Dann müssen wir auch über die Kleinigkeiten hinweg, die uns zum Teil trennen, einen gemeinsamen Nenner finden.
Die Punkte, die am wichtigsten sind, sind diese ganzen Geschichten mit Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungsgesetz, wo sich sehr viele Aspekte der Behindertenpolitik, für die wir in den letzten zehn Jahren gekämpft haben, einreihen lassen. Und dann natürlich der andere Sektor, der zu tun hat, und der auch ganz zentral ist: Pflege. Ich denke, hier müssen wir eine Vernetzung finden und zu neuen Formen sowohl der Lobby-Arbeit aber auch des Aktionismus finden. Klar müssen wir uns darüber sein, wir sind erstmal wenige, die überhaupt die Chance haben, sich politisch zu engagieren. Die meisten haben ja im Prinzip miserbale Bedingungen Wenn du mit dem Fahrdienst viermal im Monat aus dem Haus kannst, wo willst du dich dann groß politisch engagieren, da sind schon Grenzen gesetzt. Ich würde sagen, für jeden oder jede, wo wir die Chance schaffen, daß sie sich in unsere Bewegung einklinken können, haben wir schon viel gewonnen.

Dokumentation
Die Würde des Menschen ist antastbar

Von Martin Seidler aus Mannheim erhielten wir folgenden Artikel, der am 3.5.1992 in "Badische Neueste Nachrichten", Karlsruhe, veröffentlicht wurde:

Behinderten wie Verdächtigen behandelt

Als sprech- und gehbehinderter Mensch, der sehr viel in Deutschland herumreist, bin ich einiges gewohnt. Doch was mir bei einem Besuch am Freitag, den 27.3.92, in Karlsruhe passierte, hatte für mich eine sehr traurige neue "Qualität". Auf meinem Weg zur Bundesbahndirektion in der Lammstraße, bei der ich etwas fragen wollte, stolperte ich und stützte zu Boden. Dies gehört zu meinem Leben; ich tue mir selten dabei weh und stehe wieder auf. Eine nette Passantin halb mir dabei, ich nahm es dankend an.
Da ich am vermeintlichen Eingang der Bundesbahndirektion zu dem Publikumseingang in der Errbprinzenstraße verwiesen wurde, mußte ich ein paar Meter zurücklaufen. Als ich in die Erbprinzenstraße eingebogen war, hielt eine Polizeistreife und zwei Polizisten kamen auf mich zu. Sie hätten beobachtet, daß ich gefallen bin, ich sei ja hin und hergelaufen und drohe gleich wieder am Boden zu liegen. Sie hätten gerne meinen Ausweis, weil sie vermuteten, daß ich irgendwoher abgehauen sei, wie ich ihrem Wortwechsel miteinander entnahm. Da ich mich weigerte (ich betrachteete es als Diskriminierung gegenüber den anderen Passanten auf der Straße, wurde ich auf's Polizeipräsidium gebracht. Dort zeigte ich Personalausweis, Behindertenausweis und Studentenausweis und bat zur besseren Verständigung um eine elektrische Schreibmaschine, mit deren Hilfe ich aufschrieb, daß ich das Verhalten der Polizei ja verstehe, da mein Laufen schlimmer aussieht, als es ist, daß aber alles in Ordnung ist, daß ich am Abend einen Termin zur Katholikentagvorbereitung habe, daß ich keinen "Betreuer", sondern nur zweimal pro Woche eine Haushaltshilfe habe, daß ich studiere.
Das reichte nicht! Die Polizisten wollten eine Telefonnummer angegeben haben, um sich zu vergewissern, daß "alles in Ordnung" sei! Daraus folgt für mich zwingend, wie ich dem Beamten, der sich mit mir beschäftigte, klarzumachen versuchte, daß ich nicht für glaubwürdig gehalten wurde, nicht für voll genommen wurde, nur wegen meiner Körperbehinderung! Ich erklärte ihm, daß es eine Entwürdigung meiner Persönlichkeit ist und daß es eine Prinzipienfrage ist, ihm keine Telefonnummer zu nennen. Da er damit drohte, mich mit dem Krankenwagen nach Hause zu bringen und ich ja nicht nach Karlsruhe gefahren war, um den Tag auf dem Polizeipräsidium zu verbringen, entschloß ich mich schweren Herzens (mit einem schlechten Gewissen), ihm die Telefonnummer einer Freundin zu geben, auf deren "Referenz" hin ich meiner Wege ziehen konnte.

Wie hätten Sie in einer entsprechenden Situation reagiert? Wir Behinderten fordern für solche und andere Situationen ein Antidiskriminierungsgesetz, wie es in anderen Ländern bereits verabschiedet wurde. Wenn sie eine dahingehende Forderung unterstützen wollen, können Sie sich an Aktionen zum europaweiten Protesttag für die Gleichstellung und Antidiskriminierung Behinderter am 5. Mai 1992 beteiligen!

Martin Seidler, Am Weingarten 2/3, Mannheim

Daraufhin erhält Martin Seidler folgenden Brief von Herrn Klaus W. aus Karlsruhe (die einzige Reaktion auf die Veröffentlichung):

Sehr geehrter Herr Seidler,

Über Ihren obigen Brief war ich sehr verärgert und möchte Ihnen dies auch hiermit zur Kenntnis bringen. Ich selbst bin auch Schwerbehinderter und zeitweise auf einen Rollstuhl angewiesen und stelle deshalb fest:

Sie haben den berechtigten Anliegen der Behinderten durch Ihr Verhalten und besonders durch Ihren offenen Brief einen schlechten Dienst erwiesen.

Meine Begründung:
1. Die Karlsruher Polizisten verhielten sich korrekt! Wer den Eindruck erweckt, als ob er seiner Sinne nicht mehr möchtig ist, zwingt andere Menschen zum Handeln. (Vor Monaten starb in Karlsruhe ein herzkranker Mann, weil er für betrunken gehalten wurde. Damals bekamen alle Angesprochenen berechtigte Prügel wegen Passivität!)
2. Wenn ich Polizist oder auch Passant wäre, würde ich mich nach dem Lesen Ihres Briefes um keinen Behinderten mehr kümmern. Ich weiß ja nun nicht mehr, wie ich es recht machen soll.
3. Alle Achtung vor Ihrer Willensleistung, Ihren Alltag ohne fremde Hilfe zu meistern. Ich handle genauso, allerdings belaste ich nie meine Umgebung durch Überempfindlichkeit. Was heißt eigentlich in Ihrem Brief "... ich bin durch mein Reisen durch Deutschland schon einigers gewohnt..."? Treiben Sie Ihr Selbstmitleid nicht etwas zu weit? <u>Ich hatte bei meinem Reisen durch Deutschland (und bei meiner bisherigen 55-jährigen Lebensreise als Schwerbehinderter) nur positive Erfahrungen</u>. "Wie man in den Wald hineinruft, schallt das Echo zurück."
4. Sie fanden es diskriminierend, auf der Straße Ihren Ausweis zeigen zu sollen (jedem Autofahrer kann das täglich passieren, wenn er sich auffällig benimmt)! Es hat Ihnen aber offensichtlich nichts ausgemacht
a) durch Ihr Hinfallen und unsicheres Gehen
b) durch die Provokation der Polizei
die Aufmerksamkeit der Polizei und der Passanten auf sich zu ziehen. Ist das nicht ein Widerspruch? Wäre es für Sie nicht mal an der Zeit zu einer eingehenden Selbstprüfung?
5. Was soll eigentlich der Ruf nach einem neuen Gesetz? Genügt Ihnen das Schwerbehindertengesetz nicht, ein Gesetz, an welchem sich der größte Teil der Welt ein Stück abschneiden könnte?

Ein Rat von Behindertem zu Behindertem: Bauen Sie Ihre Feindbilder ab, sonst wird Ihr Leben nicht sehr glücklich verlaufen.

Was wir Behinderten brauchen, ist nicht ein Antidiskriminierungsgesetz, sondern <u>von Herzen kommende Einsicht</u> unserer Umwelt. Und Letztere ist durch Briefe Ihrer Art bestimmt nicht zu erreichen.

Versuchen S i e es auch einmal mit Liebe.

Ihr

Martin Seidler fühlt sich "herausgefordert, ein paar Dinge zurechtzurücken". Er antwortet Herrn W. am 15.5.92:

Sein Brief spiegele typische Situationen wieder, die er als (geh- und sprachbehinderter) Spastiker immer wieder erlebe. Statt in seiner Wohnung zu vereinsamen, könne er sich nur immer wieder solchen Situationen aussetzen. Er wolle klarmachen, daß von seinen unkontrollierten Bewegungen nicht auf seinen Geisteszustand zu schließen sei. Ja, zunächst habe sich die Polizei korrekt verhalten. Wörtlich schreibt er dann:

"Jedoch ist es eine Entwürdigung meiner Person, mich, als ich mich (mittels Schreibmaschine) verständlich machen konnte, nicht für voll zu nehmen, nur weil ich nicht richtig gehen und nicht klar sprechen kann. ...

Welche Textpassage verunsichert Sie, Behinderten zu helfen? ... - Es ist ein Unterschied, ob Hilfe aufgedrängt wird, die man nicht braucht, wie es die Polizei in meinem Fall tat, oder ob gefragt wird, ob Hilfe benötigt wird. Auf solche Fragen kann jeder sicher sein, daß er von mir ein höfliches 'Ja' oder ein höfliches 'nein' als Antwort bekommt....

... ich (bin) mir bewußt, daß ich durch mein "Auftreten" in der Öffentlichkeit Reaktionen wie Unsicherheit, Verlegenheit, Neugier usw. auslöse und (habe) gelernt, damit umzugehen ... Mit Verlaub gesagt, es ist eine Frechheit Ihrerseits, mir meine Behinderung vorzuwerfen, indem Sie schreiben, es habe mir offenbar nicht ausgemacht, durch mein Verhalten Leute auf mich aufmerksam zu machen. Soll ich mich für meine Behinderung entschuldigen? ...

Mit freundlichen Grüßen."

Herr W. erstattet, darum gebeten, künftig eventuelle Briefe korrekt zu frankieren, das Nachporto und bleibt ansonsten bei seiner Meinung.

Eine Beschwerde, die Martin Seidler an den Karlsruher Oberbürgermeister gerichtet hatte, wird zuständigkeitshalber an das Polizeipräsidium weitergeleitet. Von dort erhält Martin Seidler mit Datum vom 24.6.92 folgende Antwort:

Sehr geehrter Herr Seidler,

den von Ihnen vorgetragenen Sachverhalt habe ich mit großem Ernst zurKenntnis genommen und sehr genau prüfen lassen; als Ergebnis darf ich Ihnen nun folgendes mitteilen:

Sie sind am Nachmittag des 27.3.1992 auf dem Gehweg der Lammstraße/Ecke Erbprinzenstraße zu Boden gestürzt. Der Grund hierfür war nach Ihren eigenen Angaben eine starke Gehbehinderung infolge einer spastischen Lähmung.

Dieser Vorfall wurde zufällig von einer Streifenwagenbesatzung des Polizeireviers Karlsruhe-Marktplatz beobachtet. Die beiden Polizeibeamten, denen die Ursache für Ihren Sturz nicht bekannt sein konnte, wollten Ihnen zu Hilfe kommen. Nach Bewertung der Gesamtumstände, insbesondere Ihrer körperlichen Verfassung, kamen den Beamten ernsthafte Zweifel, ob Sie sich sicher im Verkehr bewegen können, ohne sich selbst zu gefährden.

Absicht der Polizei war es nun, Ihre Personalien festzustellen, um gegebenenfalls einen Angehörigen oder eine andere Person Ihres Vertrauens zu verständigen, die sich Ihrer hätte annehmen können, zumal Sie sich bei dem Sturz auch eine leichte Handverletzung zugezogen hatten.

Eine mündliche Befragung zu Ihren Personalien scheiterte jedoch an Ihrer Sprachbehinderung. Sie waren auch leider nicht bereit, Ihren Ausweis auszuhändigen, was sicherlich die polizeilichen Maßnahmen zeitlich begrenzt hätte.
Da somit eine Personalienfeststellung vor Ort nicht möglich war, wurden Sie zum Polizeirevier Karlsruhe-Marktplatz verbracht, um dort die Angelegenheit zu klären.

Auf der Dienststelle nahm sich der Leiter des Polizeireviers, Herr Erster Polizeihauptkommissar B., Ihrer an und konnte nach Auffinden Ihres Personal- und Studentenausweises Ihre Personalien schnell feststellen. Doch obwohl Sie mit Hilfe einer Schreibmaschine über Ihre Erkrankung informierten und versicherten, daß Sie alleine zurechtkämen, konnten sich die Beamten dies aufgrund Ihrer starken Behinderungen nicht vorstellen. Der Revierleiter kam vielmehr zu der Überzeugung, daß Sie selbst Ihre Fähigkeiten überschätzten.

Unter diesen Umständen wäre es aus Sicht der Polizeibeamten verantwortungslos gewesen, Sie alleine Ihren Weg forsetzen zu lassen.
Betrachten Sie die Angelegenheit doch bitte auch einmal aus dieser Sicht: Hätten die Beamten Ihren - für Außenstehende Besorgnis erregenden - Zustand leichtfertig ignoriert und wäre Ihnen auf der Straße etwas zugestoßen, so hätten sie sich zu Recht schweren Vorwürfen ausgesetzt gesehen, ganz abgesehen von ihrer strafrechtlichen Verantwortung.

Erst nach einem längeren und, wie Sie selbst erwähnten, sehr freundlich geführten Gespräch mit Herrn B. nannten Sie eine Auskunftsperson, welche die Zweifel an Ihrer Verkehrstüchtigkeit ausräumen konnte.
Daraufhin ließ man Sie unverzüglich Ihren Weg fortsetzen.

Die Tatsache, daß die Polizeibeamten sich zunächst mit Ihren Angaben nicht zufrieden gaben, sollte keinfalls Ihre Glaubwürdigkeit in Frage stellen.
Auch liegt es der Polizei fern, einen behinderten Bürger zu diskriminieren oder zu demütigen, wie Sie es leider aufgefaßt haben. Ich habe Verständnis für Ihr Streben nach Selbständigkeit und Ihren Wunsch, dies auch in der Öffentlichkeit zu zeigen.
Gleichwohl bitte ich auch Sie um Verständnis für die Polizei, die ihre durch Gesetz auferlegte Verantwortung nicht einfach abstreifen kann.

Die polizeilichen Maßnahmen, so das Ergebnis unserer Prüfung, waren rechtmäßig und sind nicht zu beanstanden. Sie erfolgten einzig aus Sorge um Ihre Gesundheit. Daß Sie sie anders aufgefaßt haben, tut mir leid.

Ich hoffe und wünsche, daß Ihre künftigen Kontakte mit der Polizei auch aus Ihrer Sicht erfreulicher und immer nur positiver Natur sein werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gerecke

IMPRESSUM

Impressum:

Herausgeber:
Ce Be eF - Club Behinderter und Ihrer Freunde in Köln und Umgebung e.V., Pohlmannstraße 13, 5000 Köln 60

Ressorts & Redaktionsadressen:

Anzeigenverwaltung: Redaktion Ber-lin, Ursula Aurien, Barbarossastraße 24, 1000 Berlin 30, Tel.: 030 / 2 18 43 76

Abo & Vertrieb: Redaktion Kassel, Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 3500 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78

Redaktion Essen, Ulrike Lux, Huttropstraße 41, 4300 Essen 1, Tel.: 0201 / 27 49 16

Redaktion:
Ursula Aurien (Berlin), Ulrike Lux (Essen), Michael Knuffmann (Krefeld), Jörg Fretter (Kassel),

V.i.S.d.P.: Jörg Fretter

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Erscheinungsweise 6 x pro Jahr,

Abo:
Preis für 6 Ausgaben 20,- DM (Ausland 30,- DM)
Preis für 10 Ausgaben auf Cassette 30,- DM
Einzelpreis regulär 4,- DM
Doppelnummer 5,- DM

Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/92

Bankverbindung:
Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)
Konto-Nr.: 153 30 - 508 Stichwort: 'Ce Be eF - Köln / die randschau'

Titelfoto:
Jörg Fretter

Satz:
LaserPrint, Elfbuchenstr. 5, Kassel

Druck:
COPY-Team, Holl.Str. 36-38, Kassel

Neue Töne in der (behinderten) Frauenpolitik

"Wir müssen die Berufstätigkeit als einen elementaren Bestandteil der Lebensplanung auch von behinderten Frauen begreifen."



Foto: Daniela Schremm

"Frauen und Behinderung - eine doppelte Benachteiligung?" - unter diesem Titel stand eine Tagung, zu der das Hessische Staatsministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung am 2.4.92 in das Berufsförderungswerk Bad Vilbel geladen hatte. Gekommen waren über hundert VertreterInnen der Behindertenhilfe und der Frauenpolitik.

Nach einer kurzen Einführung der Ministerin Heide Pfarr, Arbeitsrechtsprofessorin und engagierte Streiterin für die Frauenquote, folgte eine Betroffenenrunde. Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen schilderten ihre spezifischen Probleme, um dann in unterschiedlich hohem Maße Forderungen für eine behindertengerechte Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung der Probleme von Frauen abzuleiten. Den dritten Schwerpunkt bildete die Frage nach Schlußfolgerungen für Politik, Behindertenselbsthilfe und Wohlfahrtsverbände.

In ihrem Eingangsstatement gestand Heide Pfarr ein, daß behinderte Frauen bei der Frauenförderung bisher weitgehend vergessen worden seien. Auch in der Behindertenpolitik kommen Frauen kaum vor. Dies erklärte sie damit, daß die Lobbyisten der Behindertenpolitik immer noch in der Hauptsache die Kriegsopferverbände seien "und das sind eben Männerbünde", so Pfarr. Die höhere Akzeptanz der Kriegsbehinderten, die sich in einer erheblich besseren Versorgung ausdrückt, werde damit begründet, daß sie ihre Behinderung im öffentlichen Interesse (im Krieg) erworben hätten. Ironisch stellte sie die Frage, ob nicht auch Frauen während der Kindererziehung einen ähnlichen gesetzlichen Schutz benötigen, weil auch diese im öffentlichen Interesse stehe. In den Kriegsopferverbänden kämen Frauen aufgrund ihrer längeren Lebenserwartung vermehrt als Hinterbliebene vor, aber auch dann würden sie über ihre Männer definiert. Sie resümierte, daß Frausein und Behindertsein gleichermaßen als mindernde Eigenschaft gelten.

Sexismus auch in den Umschulungsinstitutionen

In der "Betroffenenrunde" wurden anhand persönlicher Berichte immer wieder ähnliche Erfahrungen deutlich:
- lange Arbeitslosigkeit trotz guter Noten
- ständige Konfrontation mit Vorurteilen
- Isolation nicht nur am Arbeitsplatz (dies gilt besonders für Hörbehinderte aufgrund ihrer eingeschränkten Kommunikationsfähigkeit)
- fehlende behindertengerechte Infrastruktur.

Carola Braika, eine Umschülerin aus dem Berufsförderungswerk, machte an ihrem eigenen Beispiel die Unzulänglichkeiten der derzeitigen Umschulungspraxis deutlich. Als ehemalige Krankenschwester, sie ist Allergikerin, wollte sie eigentlich wieder einen sozialen Beruf ergreifen. Da zu der Zeit kein entsprechender Umschulungsplatz frei war, fing sie notgedrungen eine Ausbildung zur Bürokauffrau an. "Ich bin nicht ganz glücklich mit der Ausbildung" sagte sie und äußerte die Absicht, auch mit dem erworbenen Abschluß wieder im sozialen Bereich zu arbeiten.
Sie kritisierte, daß Frauen mit ihrer spezifischen Orientierung wenig Auswahlmöglichkeiten für eine Umschulung haben.

Der Gesamtfrauenanteil im Berufsförderungswerk liegt augenblicklich bei 12 %. Gründe dafür sind ihrer Meinung nach:
- Frauen verfügen häufig über eine schlechtere Berufsausbildung. Entsprechend schlecht fällt die Beurteilung vom Arbeitsamt für die Bewilligung einer Rehabilitationsmaßnahme aus.
- Bei Arbeitsunfällen im Haushalt, die zu einer Behinderung führen, gibt es aufgrund der derzeitigen Gesetzgebung kaum die Möglichkeit, an einer Rehamaßnahme teilnehmen zu können.
- Ältere Frauen bekommen seltener die Möglichkeit zur Umschulung als ältere Männer.
- Die weitgehend wohnortferne Unterbringung macht Umschulung für Frauen kaum durchführbar, wenn Kinder zu versorgen sind.

Haben es Frauen allein aufgrund ihrer geringen Anzahl schon schwer, sich im Berufsförderungswerk durchzusetzen, wird ihnen das Leben nach Aussage von Frau Braika noch zusätzlich durch sexuelle Belästigung schwer gemacht. Der Sexismus macht eben auch nicht vor Berufsförderungswerken halt. Ein wichtiger Grund dafür liegt darin, daß es häufig abgeschlossene Ghettos auf der

grünen Wiese sind.

Um die Situation alleinerziehender UmschülerInnen zu verbessern, ist in Bad Vilbel ein Modellprojekt in Planung, das die Unterbringung von Frauen (bzw. Männern) mit ihren Kindern bei gleichzeitiger Kinderbetreuung während der Umschulungszeiten ermöglicht. Allerdings: Wäre eine wohnortnahe Umschulung mit Unterbringung von Vätern, Müttern und Kindern zu Hause nicht die wesentlich sinnvollere Alternative?

In der anschließenden Diskussion wurde - und das meine ich im positiven Sinne - viel guter Wille bekundet. Einige Frauenbeauftragte aus unterschiedlichen hessischen Städten und Kreisen forderten behinderte Frauen zur Kritik und zur Mitarbeit auf, um sie mehr als bisher berücksichtigen zu können. Die Frauenbeauftragte des Landeswohlfahrtsverbandes in Hessen regte an, analog zu der in ihrer Einrichtung geschaffenen Funktion der Mädchenbeauftragten eine Beauftragte für behinderte Frauen zu benennen, die sich für deren spezifischen Belange einsetzt. Auf der Ebene der Verbände, der freien Wohlfahrtspflege wurde vorgeschlagen, eine Landesarbeitsgemeinschaft für die Interessen behinderter Frauen zu gründen, die die Interessen und Forderungen behinderter Frauen diskutiert, bündelt, an die Öffentlichkeit bringt und gleichzeitig als Ansprechpartnerin für die PolitikerInnen dient.

Der Beruf ist auch Teil der Lebensplanung von behinderten Frauen

Im dritten Abschnitt der Tagung legte Frau Ministerin Pfarr zunächst ihre Vorstellungen und Änderungswünsche dar. Zu Beginn stellte sie proklamatorisch fest: "Wir müssen die Berufstätigkeit als einen elementaren Bestandteil der Lebensplanung auch von behinderten Frauen begreifen." Dies sei deshalb so schwierig, weil sich die Gesetzgebung bisher an männlichen Erwerbsbiografien orientiere und die Lebensverläufe von Frauen keine Berücksichtigung fänden. Einhergehen damit müsse ein Integrationsbegriff, der das Ziel habe, behinderte Männer und Frauen so in die Gesellschaft einzugliedern, daß nicht nur ihre behinderungsspezifischen, sondern auch ihre geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Entwicklungen zum Tragen kämen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist das Gesetz zur Regelung der sonderpädagogischen Förderung in der Schule, das den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern vorsieht.
Außerdem, so eine Forderung von Frau Pfarr, bedarf es einer Reform des Schwerbehinderten- sowie des Sozialhilferechts, damit die besonderen Bedürfnisse und Probleme behinderter Frauen mehr als bisher Berücksichtigung finden (wie z.B. veränderte Anwartschaftszeiten im Rehabilitationsrecht). Darüber hinaus sind mehr Teilzeitarbeitsplätze und -ausbildungsplätze zu schaffen; durch eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe von 200 DM auf 450 DM soll verhindert werden, daß sich ArbeitgeberInnen von der Pflichtquote zur Beschäftigung schwerbehinderter ArbeitnehmerInnen "freikaufen".

Kurzfristig will die Ministerin neben dem Beschäftigungsförderungsprogramm für ältere Arbeitnehmerinnen und dem für junge Arbeitnehmerinnen ein weiteres für behinderte Frauen auflegen. Zu den genaueren Rahmenbedingungen machte sie keine Angaben. Finanziert werden soll es aus der Ausgleichsabgabe. Nach dem Finanzvolumen gefragt, meinte sie: "Unter 20 Millionen fange ich gar nicht erst an".

Höheres Maß an Organisationstalent

Natürlich darf frau gespannt sein, was von alledem zur Umsetzung kommt. PolitikerInnen reden gern und viel, aber allein die Tatsache, daß sich die Ministerin nicht gleich nach dem Grußwort wieder verabschiedet hat, läßt zumindest auf ein anderes Politikverständnis schließen. Die rege Beteiligung der Frauenbeauftragten der unterschiedlichen hessischen Kreise läßt hoffen, daß sie vieles von dem dort Gesagten auf lokaler Ebene aufgreifen. Nun kommt es darauf an, daß viele der betroffenen Frauen vor Ort auf Mitsprache und Veränderung drängen.
Es gibt viel nachzuholen. Da auf vielen verschiedenen Ebenen Veränderungen erforderlich sind, besteht die Gefahr, daß behinderte Frauen in höherem Maße als behinderte Männer oder nichtbehinderte Frauen einem hohen Leistungsdruck unterliegen. Partnerschaft, Kinder, Reproduktionstätigkeit und Selbsthilfe zusätzlich zum Beruf sind für behinderte Frauen, die ohnehin ein aufgrund der Behinderung höheres Maß an Organisationstalent besitzen müssen, schwer in einem 24-Stunden-Tag unterzubringen.
Trotzdem überwiegt aber die Freude darüber, daß die - wenn auch etwas leise und selten - vorgetragenen Forderungen behinderter Frauen endlich Gehör finden und diskutiert werden.

Jutta Rütter, Marburg

* Der Artikel wurde geringfügig verändert in Sozial-Extra Nr. 6, 1992, veröffentlicht.

Nachtrag: Ein erster Termin für die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft wurde bereits ins Auge gefaßt.

Kampf gegen Aussonderung auf Amerikanisch

Behinderte in den USA machen gegen Heimbetreiber mobil

"ADAPT in Orlando - wo die Phantasie mit der Realität zusammentrifft". So ist ein Artikel der US amerikanischen Behindertenzeitschrift "Incitement", die von der Behindertenorganisation "ADAPT" herausgegeben wird, überschrieben, in dem über die Proteste von Behinderten gegen Heimbetreiber berichtet wird und den wir im Folgenden in der von Ottmar Miles-Paul vorgenommenen deutschen Übersetzung wiedergeben.

Die Abkürzung ADAPT umschrieb früher eine USA-weit organisierte Gruppe von Behinderten, die kompromißlos und mittels vielfältiger Aktivitäten zivilen Ungehorsams dafür eintrat, die der öffentlichen Verkehrsmittel zugänglich zu machen, den Betreibern der öffentlichen Verkehrsbetriebe von einem Kongreß zum anderen folgten und durch Blockaden, Besetzungen der Kongreßzentren und mittels der Durchführung von Demonstrationen immer wieder ihrer Forderung nach behindertengerechten Verkehrsmitteln Nachdruck verliehen. Seit der "Americans with Disabilities Act of 1990" vorschreibt, daß jeder neu angeschaffte oder geleaste Bus behindertengerecht sein muß und alle anderen Verkehrsmittel in den nächsten Jahren zugänglich gemacht werden müssen, hat sich ADAPT kurzerhand umbenannt und sich dem nächsten brennenden Problem der amerikanischen Behindertenbewegung zugewandt - dem Kampf für eine adäquate Finanzierung der Persönlichen Assistenz. Hier ein kleiner Vorgeschmack auf das, was den amerikanischen und vielleicht auch eines Tages den deutschen Heimbetreibern in den nächsten Jahren noch häufiger blühen könnte.



Foto: Archiv

Wie früher die Verkehrsunternehmen (Foto) verbarrikadieren sich heute die Anstaltsbetreiber in ihren Hotels

ADAPT in Orlando

Die amerikanische Vereinigung für Gesundheitsfürsorge bekam im letzten Oktober während ihres jährlichen Kongresses in Orlando, Florida einen ersten Geschmack des Zornes von ADAPT zu spüren, der sich offensichtlich als bittere Medizin herausstellen sollte. Über 200 Aktivisten aus den gesamten USA hatten sich in Orlando versammelt, um eine unmißverständliche Botschaft an die Lobby der Gesundheitsindustrie zu richten, daß Menschen mit Behinderungen nicht mehr länger tatenlos zusehen werden, wie unsere Brüder und Schwestern zugunsten einer Industrie geopfert und unnötigerweise eingesperrt werden, nur damit längst überkommene Institutionen sich den Löwenanteil der Bundesmittel für Dienstleistungen der Langzeitpflege auch weiterhin unter den Nagel reißen können.

Während der gesamten Zeit der Protestaktionen lag ein Anflug des Unrealen in der Luft, denn in dem brandneuen Hotel, in dem wir übernachteten, waren auch viele der Mitglieder der Fürsorgeorganisation beherrbergt, so daß diese durch unsere ständige Anwesenheit und vor allem durch unsere Protestschilder, die wir auch in der Hotelhalle stets mit uns trugen, ständig an den fortwährenden Konflikt erinnert wurden, dem die Organisation in Zukunft ins Auge blicken muß. Doch andererseits waren die Veranstalter in Orlando gewillt, eine harte Linie mit uns zu fahren und das sollten sie dann auch von uns erfahren. 72 Menschen wurden bereits am ersten Tag des Protestes festgenommen.

Die Polizei versuchte uns in unserem Hotel während der ADAPT-Treffen abzuhören und zu bespitzeln, um die Informationen an die Kongreßorganisatoren weiterzugeben. Sie bereiteten Formblätter vor, bei denen so viel wie möglich bereits im Vorfeld eingetragen wurde, um die Inhaftierungen zu beschleunigen. Zudem wurde ein improvisiertes Polizeibüro im Erdgeschoß des Kongreßzentrums eingerichtet. Doch als ADAPT

einige Lockvögel zum Kongreßzentrum schickte, konnte die Mehrzahl der Rollstuhlkrieger unbemerkt zum Peabody Hotel, (dem Hotel, in dem die Vertreter der Gesundheitsfürsorgevereinigung hauptsächlich übernachteten) vordringen, um die Kongreßteilnehmer zu begrüßen. Obwohl dort schnell Tische umgeworfen wurden, um uns den Durchgang zu versperren, waren sie nicht schnell genug, so daß es Dutzenden von ADAPT-Vertretern gelang, durchzukommen. Andere krochen unter Autos und über den Rasen, um um die Barrieren herumzukommen. Kurzum flogen während dieser Aktion Rollstühle und Körper durch die Gegend, nur um ins Peabody Hotel zu kommen. Daraus ergaben sich Kämpfe, während derer ein Sicherheitsbeamter des Hotels einen Protestierenden von ADAPT mit seinem Schlüsselbund über den Kopf schlug.

Insgesamt dauerte es über 3 Stunden, bis alle Verhafteten abtransportiert werden konnten, so daß sich die Polizei dafür entschied, alle 72 Gefangenen bis zum Ende des Kongresses festzuhalten. Obwohl im Gefängnis besondere Zellen reserviert wurden, konnten die Polizisten noch nicht den Tag vor dem Abend loben, denn eine Gruppe der ADAPT-Aktivisten organisierte eine Mahnwache vor dem Gefängnis und blieben dort so lange, bis alle endlich wieder freigelassen wurden.

Währenddessen ließ ADAPT nicht vom Kongreß ab, sondern war am Montag, dem Eröffnungstag mit Menschenketten und Sprechchören präsent, um die Besitzer und Verwalter von Pflegeheimen zu begrüßen. Die Fürsorgeorganisation machte uns zwar ein lächerliches Angebot, daß sich einige ihrer Vertreter am Donnerstag nach dem Kongreß mit einigen von uns treffen würden, wenn wir uns für den Rest des Kongresses ruhig verhalten und nicht mehr protestieren würden. Das lehnten wir natürlich postwendend ab. So waren die Vertreter von ADAPT während des Empfangs des Präsidenten am Dienstag wieder anwesend und arrangierten einen Spießrutenlauf für die Kongreßteilnehmer, den diese überwinden mußten, wenn sie zu ihrer vornehmen Abendgesellschaft hin oder wieder zurück wollten. Am Mittwoch veranstaltete ADAPT eine Alternativveranstaltung außerhalb des Kongreßzentrums, während sich die Kongreßteilnehmer in Workshops damit beschäftigten, wie man Menschen in Pflegeheimen halten kann, um so viel Geld wie möglich dafür zu bekommen. Diejenigen, die in Pflgeheimen gelebt hatten, erzählten demgegenüber auf unserer Veranstaltung über die Mißhandlungen und die Routine, Menschen mit Behinderungen die in solchen Institutionen ihrer Freiheit und Würde berauben. Einige beschrieben deren Kampf, um aus derartigen Anstalten rauszukommen und die enormen Verbesserungen für ihre Lebensqualität, die sie erfahren haben, nachdem sie frei waren. Während diese Erinnerungen aufgefrischt und ausgetauscht wurden, kamen natürlich auch viele der damit verbundenen Emotionen zum Ausdruck, daß es sogar den Polizisten, die uns bewachten, unangenehm in ihrer Haut wurde, als sie von den Taten der Wohlfahrtsindustrie aus der Sichtweise der "Betreuten" hörten.

Am Dienstag hatten die Gefängnisbetreiber bereits die Schnauze voll von all den Bedürfnissen, die für Menschen mit schweren Behinderungen erfüllt werden mußten. ADAPT hatte zum Beispiel einen Hungerstreik begonnen und die Gefängnisbetreiber waren nicht in der Lage all die benötigten Hilfsmittel wie Atemgeräte, Medikamente, etc. zur Verfügung zu stellen, so daß bis Mittwochnachmittag alle von uns wieder frei waren. Während wir diesen Triumph gebührend feierten, mußten sich die Kongreßteilnehmer wieder einmal ihren Weg durch unsere Menge bahnen, um zu einer ihrer Parties zu gelangen.

Da die Polizei den Organisatoren von ADAPT mitgeteilt hatte, daß jeder, der bereits verhaftet wurde, auf der Straße in der Nähe des Kongreßhotels oder des Kongreßzentrums gesehen würde, sofort wieder in Haft genommen würde, hielten wir am Donnerstagabend unseren letzten Protest - eine Pressekonferenz - ab. Dabei errichteten wir ein großes Kreuz, an dem ein Rollstuhl hing, um an diejenigen zu erinnern, die geopfert werden, um eine Industrie zu füttern, von der niemand versorgt werden will. Dabei erläuterte ADAPT erneut die Forderungen, die wir für ein selbstbestimmtes Leben in der Gemeinde erheben. Zudem sprachen zwei Frauen, die verhaftet worden waren, über die Probleme, mit denen sie als Inhaftierte konfrontiert waren.

Die amerikanische Fürgsorgevereiniung wurde auf jeden Fall mit dem Druck von ADAPT konfrontiert, so daß sich deren Presseberichte letztendlich mit acht Seiten über ADAPT und lediglich mit vier Seiten über den Kongreß der Fürsorgevereinigung befaßten. Zudem wurden diejenigen, die an der Konferenz teilnahmen, täglich mit den Protesten von ADAPT in Person und in den Nachrichten konfrontiert.

Lasset die Krüpplein zu mir kommen

Behinderung und Partnerschaft auf katholisch

"Nicht aus Stein" - so lautete der Titel eines bundesweit, u.a. in der 'STÜTZE', angekündigten "Seminars", in dem es um Fragen von Behinderung und Partnerschaft gehen sollte. Als Veranstalter firmierte der katholische "Arbeitskreis Behinderte", seines Zeichens Mitglied im Münchner Bildungswerk.

Die TeilnehmerInnen (einer war eigens aus Sachsen ins bayrische St. Ottilien angereist), die sich einen ernsthaften Meinungs- und Erfahrungsaustausch versprochen hatten, sahen sich zwar in ihren Erwartungen rasch ernüchtert, wurden aber durch tiefe Einblicke in den Denkhorizont katholischer Sexualpädagogik entschädigt. Wer als Behinderter mit seiner Partnerschaftssituation nicht glücklich ist - dies das Leitmotiv des Wochenendes - solle doch bitteschön nicht ungeduldig werden, sondern darauf vertrauen, daß der Herrgott schon das richtige Los für ihn ausgesucht habe. Zum Thema "Behinderte Frauen" erfuhr mensch immerhin soviel, daß diese den gängigen Schönheitsnormen nicht entsprächen und es deshalb eben schwerer hätten, was aber kein Grund zur Verzweiflung und schon gar nicht zur Infragestellung der traditionellen Frauenrolle sei.
Die idealtypische Affäre, so die tatsächlich neue Erkenntnis, bestehe darin, daß ein verheirateter Mann sich an die unschuldige Krüppelfrau heranmacht, um sie sexuell auszubeuten und danach sitzenzulassen. Provokativer Einstieg in die Diskussion gesellschaftlicher Rollenzuweisungen? Mitnichten - man ist katholisch und meint selbstredend auch den größten Stuß noch ernst. Und da mit Sitte und Anstand nun mal nicht zu spaßen ist, war die weitere Debatte vor allem von der Sorge um das geistliche Heil des sündig gewordenen (natürlich nichtbehinderten) Ehemannes bestimmt. Den Krüppel und insbesondere die Krüppelfrau, so mußte der bibelunkundige Beobachter schließen, hat der Schöpfer lediglich - da hungrig und also leicht zu haben - als Versuchung für anständige Eheleute in die Welt gesetzt (Wenn da mal nicht einer seinen Katechismus falsch auswendig gelernt hat...)

Doch die Versuchung, so stehet geschrieben, ist dazu da, überwunden zu werden; und so endete das Wochenende in der gleichen bigotten Harmonie, in der es begonnen hatte. Und wer es glauben wollte, konnte mit der tröstlichen Gewißheit nach Hause fahren, daß tatsächlich alles, auch der Krüppel, seinen unverrückbaren Platz in Gottes Schöpfungsplan hat.
Es sind nicht reale Gewaltverhältnisse, und natürlich noch weniger die Möglichkeiten einer selbstbestimmten Sexualität, die diese Art von "Behindertenarbeit" wirklich interessieren; alles das ist nur willkommenes Vehikel, um - wie dümmlich auch immer - die Komplexität von Sehnsüchten, Ängsten und Fragen (nicht nur) behinderter Menschen auf den Maßstab des vatikanischen Moralkodex zurechtzustutzen. Welche Rolle dort für Behinderte vorgesehen ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden.
Ärgerlich an besagtem "Seminar" ist nicht nur ein vertanes Wochenende und auch nicht die Tatsache, daß ein für viele nicht ganz unwichtiges Thema auf dem Niveau eines Kindergottesdienstes abgehandelt wird. Das allein wäre keine kostbare 'randschau'-Zeile wert, handelte es sich beim "Arbeitskreis Behinderte" (bzw. dem von diesem mitgetragenen "Begegnungsladen Siloah") nicht um eine Institution, die in großen Teilen der interessierten Münchner Öffentlichkeit als beispielhaft für Erwachsenen(!)bildung mit Behinderten gilt. Dieser gute Ruf sagt etwas darüber aus, welches Maß an geistiger Genügsamkeit dem bildungswilligen Behinderten gemeinhin unterstellt wird. Daß öffentliche Wertschätzung (und damit auch finanzielle Förderung) für Behinderte mit politischem Wohlverhalten erkauft werden muß, ist vielfache Erfahrung; daß zu diesem Preis auch inhaltliche wie intellektuelle Anspruchslosigkeit und die Unterordnung unter kirchliche Wertvorstellungen gehört, sollte nachdenklich stimmen.



Foto: Christof Rill

P.S. an die MitarbeiterInnen des AKB:
Dies ist eine ***Polemik***, und wie jede Polemik ungerecht und unausgewogen. Vielleicht könnt Ihr aber akzeptieren, daß es mir nicht darum geht, Euch persönlich an den Karren zu fahren, sondern um die herrschenden Maßstäbe in der Behinderten-Erwachsenenbildung. Vielleicht fragt Ihr Euch ja auch, ob das tatsächlich Eure Maßstäbe sind.

Thomas Schmidt, München

Spirit of Crips - Geist der Krüppel

Seit nunmehr elf Jahren weiß man in Hannover bereits, daß Krüppel auch künstlerisch einiges zu bieten haben. Zum zweiten Mal veranstaltete DISABILITY ART, der Verein zur Förderung behinderter Künstler nun ein europäisches Behinderten-Kultur-Festival. Wie wir erfahren konnten, ist bereits jetzt eine Veranstaltungsreihe von behinderten Künstlern geplant, die im nächsten Jahr parallel in verschiedenen Städten gleichzeitig stattfinden soll.
Doch zunächst einmal ein Blick zurück auf das Festival, das vom 25.4. - 8.5. die Kulturlandschaft von Hannover bereichert hat, mit viel Musik, Theater, Pantomime, Tanz, Malerei und Grafik, Workschops und ebenso vielen Möglichkeiten, einfach nur nette Menschen kennenzulernen.

Auf der Leinwand des großen Saals im Raschplatz-Pavillon läuft die Tagesschau. Nach der Wetterkarte erfährt das Abendprogramm eine überraschende Fortsetzung. Die Sprecherin kündigt eine Direktübertragung aus Hannover an. Als "Eurovisionssendung" sei nunmehr Ralph Büsings Spielschow "Die Goldene Ente" zu sehen.

So selbstbewußt-ironisch startete das II. Europäische Behinderten-Kultur-Festival "Spirit of Crips".

An die 200 Besucher verfolgen, was sich Schowmaster Büsing hat einfallen lassen. Eine ganze Menge:
Gesang, Tanz, Videoclips, Gespräche und natürlich Spiele.
Die standen unter dem dem Verkehrsfunk entliehenen Motto "Mit Behinderungen muß gerechnet werden".
Drei Politiker aus verschiedenen Parteien waren als Kandidaten eingeladen, um auf Punktejagd zu gehen. Die Punktezahlen waren letztlich vollkommen egal. Viel interessanter wirkte etwa, mit welcher Lebhaftigkeit Edelgard Bulmahn (SPD) gegen Ende ihre neugewonnenen Eindrücke schilderte.

So war viel los bei diesem langen Eröffnungsabend. Etwas zu viel vielleicht: Eine Raffung hätte der Sache noch etwas mehr Schwung verliehen.

STUMM UND BEREDT

Der diplomierte Pierrot, der bei Marcel Marceau studierte, kreist um das spannungsgeladene Widerspiel von Einsamkeit und Ausdruckversuchen. JOMI, wie sich der Pantomime Josef Michael Kreutzer als Künstler nennt, ist taub. Sensibel und grazil zeigte er mit ausdrucksstarkem Gesicht die vielen Schattierungen des Be- und Gefangenseins des Menschen.

LUSTVOLL

Ein Weltraumcowboy, ein schwarzer, magischer Mann, der geheimnisvolle Doktor Science, ein Sternenhimmel. Wir sind auf unserem eigenen Stern. Bei "The power of life", dem Musical von "Heart'n Soul" gerät der "normal Gesunde" ins Fahrwasser der Außenseiter. Liebenswürdig, wunderbar komisch und selbstbewußt fügen die Darsteller, die fast alle eine geistige Behinderung haben, ihr verrücktes Märchen zusammen. Lustvoll schöpfen sie ihre sehr unterschiedlichen Möglichkeiten aus. Lustvoll erscheint es, anders zu sein. Gebannt von soviel Lebens- und Schaffenskraft läßt sich das Publikum in das Treiben der Londoner Gruppe hineinziehen.



Fotos: Günther Kempa

The Invisible Crumbs: Party ohne Ende

AFRIKANISCHE NACHT

Zum Tanz in den Mai ließ der Veranstalter afrikanische Rythmen erklingen. Eröffnet wurde der Abend von der Carl Campbell Dance Co. 7 aus England, die ihre Arbeit mit der gehörlosen Tänzerin Fatimo Shobakin aus Nigeria vorstellte. Als Hauptgruppe des Abends kam dann die Jairos Jiri Sunrise Band aus Simbabwe auf die Bühne. In ihrer Heimat gehört die Band, die ausschließlich aus behinderten Musikern und Tänzerinnen besteht, zur absoluten Spitze der einheimischen Popmusik. Schon beim zweiten Stück hielt es das Publikum nicht mehr an seinen Plätzen, der Rythmus forderte einfach das Tanzen, bis tief in die Nacht.

SATIRE

"Mit Rollust krückwärts" präsentierte das Münchner Crüppel Cabaret am Samstag abend Satire und schwarzen Humor, ohne die Themen auf die leichte Schulter zu nehmen. Was gelegentlich im Gewand der Satire auftritt, ist aber oft bittere Wirklichkeit. Auch Rollifahrer Wolfgang Schäuble wird nicht verschont, wenn von dem "Mythos Schäuble" die Rede ist. Während ihm die Presse weihevoll eine "emotionale Aura" bescheinigt, "die jeden bewegt" und "andächtige Betroffenheit" in seiner Umgebung auslöst, hat sich für "normale" Behinderte noch nicht viel geändert. Ihr Alltag, wie etwa das Einsteigen in eine S-Bahn, erfreut sich nach wie vor weit weniger öffentlicher Anteilnahme. Langanhaltender Applaus war das Ende

dieser Jubiläumsvorstellung.

ANSPRUCHSVOLL

DISABILITY ART verläßt erstmals das gewohnte Terrain Pavillon und versucht, Behindertenkultur in das Programm etablierter Schauspielhäuser einzubinden. Das Theater am Aegi schien hierfür der geeignete Ort zu sein. Sowohl die zentrale Lage, als auch die rollstuhlfreundlichen Sanitäranlagen sprachen für das Theater.
Erfolgreich gemeistert wurde diese Aufgabe mit der Basic Theatre Company aus England., die ihr Musical "Gary" aufführten. Am Ende des Stückes steht die Aufforderung, die Gehörlosen sollen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Beeindruckend ist es gewesen zu sehen, wie hier Hörende und Gehörlose gemeinsam Theater spielen und ihre Dialoge ständig in Zeichensprache übersetzen.

BILDENDE KUNST

Das Theater am Aegi bot in seinem Foyer auch hervorragende Möglichkeiten, um dort zwei Ausstellungen durchzuführen, z.B. mit Francois Guibert.
Kunst zum anfassen bot der französiche Grafiker - und das im wahrsten Sinne des Wortes. Seine Bilder kann man nicht nur sehen, sondern auch fühlen. Das erreicht Guibert mit einer speziellen Methode: der "Gaufrage"-Technik. Mit ihr kommt er besonders blinden Menschen entgegen. Er selbst hat bei einem Autounfall vor fünf Jahren die Sehkraft verloren.

PARTY

Zum Abschluß dieses zweiten Europäischen Behinderten-Kultur-Festivals kamen noch einmal ein paar musikalische Leckerbissen aus den Niederlanden, zunächst die Percussion Formation QUASILI, die den Abend eröffnete und das Publikum schnell in ihren Bann zog. Im Anschluß daran boten THE INVISIBLE CRUMBS eine hörens- und auch sehenswerte Schow in einer musikalischen Bandbreite von New Wave bis Rock und von Reggae bis Punk und Pop bis Rock'n Roll.
Leider war diese Veranstaltung sehr schlecht besucht, was Ralph Büsing, einer der beiden Festival Manager, auf den Streik im öffentlichen Dienst zurückführt.

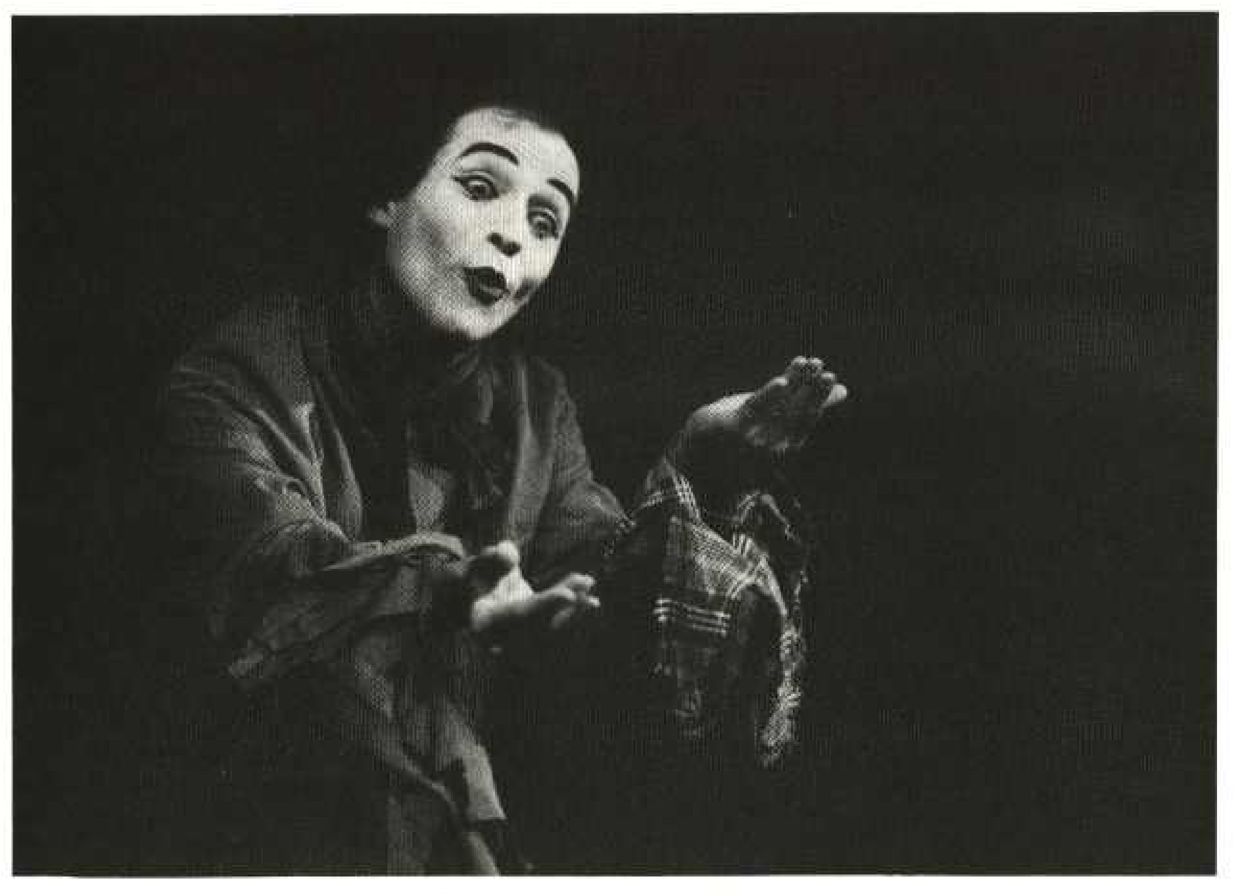
STREIK FORDERTE OPFER

"Bei allem Respekt", so Ralph Büsing, sei es natürlich "sehr traurig gewesen", daß ausgerechnet so ein Ereignis wie dieses Festival von dem Tarifkonflikt getroffen wurde. Die Organisatoren waren ständig zur Improvisation gezwungen. Einige Veranstaltungen mußten ganz ausfallen, da die Theater und auch der Pavillon zeitweise geschlossen waren, wieder andere Veranstaltungen litten unter extrem schwachen Besucherzahlen und einige Künstler aus dem Ausland konnten gar nicht erst anreisen.

dennoch zieht Büsing ein positives Fazit. Die Künstler hatten gute Möglichkeiten zur Darstellung ihrer Arbeit und der Bedarf an Austausch konnte auch in sehr hohem Maß befriedigt werden. Besonders erfreut zeigte er sich über das Interesse der Medien, die über jede Veranstaltung berichteten, besonders in Radio- und Fernsehsendungen.

WIE GEHT ES WEITER?

DISABILITY ART plant für das nächste Jahr ein NORDDEUTSCHES KUNST- UND KULTURTREFFEN behinderter KÜNSTLER.
Hierfür sucht der Verein zur Förderung behinderter Künstler noch aktive Interessenten, um 1993 mit einem guten Programm durch 5 - 6 norddeutsche Städte zu ziehen.



JOMI als Vögel fütternde Vogelscheuche

SPIRIT OF CRIPS - ON TOUR Im Frühjahr 1993

Auskünfte bei: DISABILITY ART c/o Verein zur Förderung behinderter Künstler Blumenauerstraße 9, 3000 Hannover 91, Tel. 0511/454051, FAX 0511/446171

Buchbesprechung
Hauptsache, es ist gesund?
Weibliche Selbstbestimmung unter humangenetischer Kontrolle.



Am 25. Juni dieses Jahres fand die Diskussion um den 218 in einer Marathondiskussion mit einem Gesetz als Abschluß im Deutschen Bundestag ein - wie ich meine - unrühmliches Ende. Eine Fristenlösung mit Beratungszwang konnte sich durchsetzen gegenüber einer Indikationslösung oder sogar einer Verschärfung der Gesetzeslage. Aber auch die von Feministinnen und anderen geforderte ersatzlose Streichung des 218 fiel durch.

Gerade zum richtigen Zeitpunkt kommt nun das Buch von Theresia Degener und Swantje Köbsell "Hauptsache, es ist gesund"? auf den Markt und versucht eine gewaltige Lücke zu stopfen. Die beiden Krüppelfrauen, die sich auch als Feministinnen verstehen, erklären unmißverständlich, daß sie die Forderung nach ersatzloser Streichung des 218 unterstützen, sich jedoch gegen "selektive" Abtreibung aussprechen. "Bei der selektiven Abtreibung geht es um die Entscheidung gegen eine zunächst gewollte Schwangerschaft. Sie wird zur Ungewollten durch ein potentielles Qualitätsmerkmal eines Fetus, durch die Bewertung einer möglichen Behinderung als "lebenswert" oder "lebensunwert" bzw. als zumutbare oder unzumutbare Belastung für die Frau" (S.82).

Mit ihren klaren und pointierten Aussagen, die in ihrem Buch sehr gut begründet werden, wollen die Autorinnen die kritische Diskussion um Humangenetik und pränatale Diagnostik vorantreiben.

Ausführlich geht Swantje Köbsell im ersten Teil des Buches auf die "neue Eugenik" ein, wobei sie den nahtlosen Übergang der heutigen Humangenetik von geschichtlicher Vernichtung "lebensunwerten" Nachwuchses nur streift, da hierzu viele Veröffentlichungen vorliegen.

Sehr intensiv beschäftigt sie sich mit dem Thema ANGST. "Zur Rechtfertigung der Ausweitung der pränatalen Diagnostik berufen sich die BetreiberInnen gerne auf "die" Ängste "der" Frauen. Der Frage jedoch, woher die Ängste kommen und ob ihnen auch anders als mit Tests begegnet werden könnte, geht vorsichtshalber kaum jemand nach" (S. 31). Swantje Köbsell jedoch versucht, die Sache aufzuklären. Sie weist nach, daß durch immer neuere und aufwendigere Tests und Untersuchungen die Angst der schwangeren Frauen vor einem behinderten Kind bzw. vor Behinderung als Angst vor dem Fremden, nicht Einschätzbaren, erst geschürt wird.

Angst wiederum erzeugt "geradezu den Wunsch nach Kontrolle" (S. 33). Hier bieten sich Humangenetik und pränatale Diagnostik an. In dieser Angst vor dem Fremden begründet sieht Swantje Köbsell den stillschweigenden Konsens unserer Gesellschaft: behinderte Kinder müssen abgetrieben werden.

Köbsell erklärt anschließend die verschiedenen Methoden der pränatalen Diagnostik und ihre Möglichkeiten. Neben Amniozentese (die bekannteste Untersuchungsmethode, bei der der Schwangeren in der 16. - 18. Schwangerschaftswoche mittels einer Punktionsnadel Fruchtwasser entnommen wird) und Chorionzottenbiopsie (hierbei wird Zellmaterial aus den Zotten des Chorions, der äußeren Begrenzung der Fruchthöhle, entnommen) werden noch zwei weitere Diagnoseverfahren beschrieben, die aber weit seltener angewandt werden, nämlich die Plazentatese (hauptsächlich zur Erkennung von Blutkrankheiten) und die Fetoskopie. Das ist eine Methode zur intrauterinen Betrachtung des Fetus in der 15. - 18. Schwangerschaftswoche.

In diesem Zusammenhang kritisiert sie die Aufsplitterung der "Einheit Schwangere - Ungeborenes in zwei Rechtssubjekte, wobei die Frau als Subjekt im Verschwinden begriffen ist" (S. 51).

Spätestens dann, als das Bundesverfassungsgericht dem werdenden Leben einen Anspruch als Rechtsgut zugestand, wurde durch die neuen Techniken im medizinischen Bereich der Patientenstatus des Fetus entwickelt, der vor seiner Mutter geschützt werden muß.

Im zweiten Teil des Buches gehen Theresia Degener und Swantje Köbsell' auf die "weibliche Selbstbestimmung zwischen feministischem Anspruch und "Alltagseugenik"" ein und versuchen dabei, eine feministische Sichtweise von Selbstbestimmung zu erläutern.

Von einer wirklichen Selbstbestimmung kann nach dem Urteil der Autorinnen keine Rede sein, solange die Bedingungen für das Leben mit Behinderung in unserer Gesellschaft so schlecht sind und unausgesprochen Behinderung mit Leiden, Schmerzen und Unglück, ein nichtbehindertes Kind aber automatisch mit der Voraussetzung für Glück gleichgesetzt wird. Theresia Degener bringt es auf den Punkt, wenn sie schreibt: "Um es noch einmal deutlich zu formulieren: Die Entscheidung für ein behindertes Kind wäre einfacher, wenn es keine Diskriminierung von behinderten Menschen und ihren Angehörigen gäbe, wenn Mütter mit ihren behinderten Kindern nicht aus der Gesellschaft ausgegrenzt würden" (S. 84).

In einem längeren Diskurs über vergangene, aber auch gegenwärtige Diskussionen über Selbstbestimmung wird gefolgert, daß "die Grundlage dieses Begriffes immer ein bestimmtes, den Gleichheitsgedanken opferndes Menschenbild war" und ist (S. 91). Nur die Utopie eines Gleichheitsgedanken aller (Menschen mit oder ohne Behinderung) macht feministisches Selbstbestimmungsrecht aus.

Im Folgenden setzt Swantje Köbsell sich mit den - wie sie formuliert - "nützliche(n) Krüppel(n)" auseinander, die gewollt oder ungewollt den "Lebensschützern" als Vorwand für ihre Argumentation dienen. Auch Männer der Krüppelbewegung, die, erklärte Euthanasiegegner, den Frauen jegliches Recht auf Abtreibung absprechen, werden als "Werbeträger" mißbraucht. Sie macht deutlich, wie sich die Argumentation ähnelt, ja gleicht. Nur die Sprache zeigt deutliche Unterschiede.

In einem letzten Kapitel geht Theresia Degener auf den "Selbstbestimmungsbegriff als soziale Waffe" ein. Hier beschreibt sie die mißverstandene Selbstbestimmung, die in einer sog. feministischen Samenbank ihren Höhepunkt erreicht hat. Zum Schluß wagt sie noch eine These (die m. M. nach einen schrecklichen Aufstand auslösen wird), wonach sich Singer und Co. und erklärte Euthanasiegegner (Männer) aus der Krüppelbewegung in der Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes der Frau treffen.

Alles in allem ist das ein Buch, das nicht nur viele Argumentationshilfen in der täglichen Auseinandersetzung sowohl mit der Frauenbewegung als auch mit der Krüppelbewegung gibt, sondern auch zur weiteren (sicherlich auch kritischen) Diskussion anregt, fruchtbringenden Streit provoziert. Besonders erfreulich ist m. M. nach, daß dieses Buch endlich etwas anspricht, was bisher in der 218-Diskussion totgeschwiegen wurde, nämlich das Problem, das wir Krüppelfrauen mit der Forderung nach ersatzloser Streichung einerseits und der eugenischen Indikation andererseits haben. Und wie der Name sagt, sind wir Krüppel und Frauen.

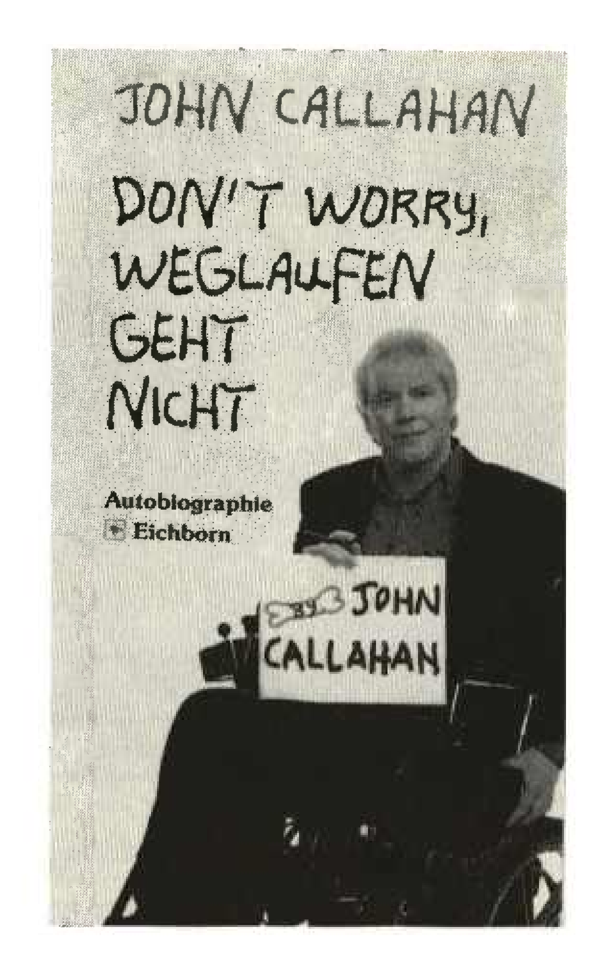
Doris Zimmer, Berlin

Theresia Degener, Swantje Köbsell: Hauptsache, es ist gesund? Weibliche Selbstbestimmung unter humangenetischer Kontrolle. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1992, 20,- DM

Buchbesprechung
John Callahan kommt!

John Callahan kommt! Rezensionen im Stern und im Spiegel, untrügliche Anzeichen dessen, was demnächst hier im Trend liegt? Was erwartet uns?

"Am letzten Tag, an dem ich noch laufen konnte, wachte ich ohne Kater auf. Ich war noch voll vom Abend davor." So beginnt seine Autobiographie, die ich nicht von vorn bis hinten gelesen habe. sondern ich schlug sie neugierig irgendwo in der Mitte auf, ging schließlich irritiert bis zum Anfang zurück, quälte mich wütend, aber fasziniert durch die Mitte und schlug sie zum Schluß amüsiert zu.
Der Eichborn-Verlag pries ihn als "Saufaus, Frauenheld und Bürgerschreck", der Spiegel fand hauptsächlich Gefallen an den Passagen, in denen es um Sex ging, und der Stern fand wiedermal besonders passende Worte für einen unserer behinderten Mitmenschen: "Nur mit Mühe kann John Callahan den Zeichenstift halten. Doch seine makabren Sticheleien haben dem behinderten Hünen geholfen, mit seinem Schicksal fertig zu werden."





"Leute wie du sind eine echte Inspiration für mich" (S. 254)

Callahan, in den USA bekannt geworden als Zeichner skuriler, bösartiger Cartoons, in denen es von Krüppeln, Schwulen, Neurotikern wimmelt, gefällt es, "wenn Leute Protestbriefe an die jeweilige Zeitung schicken, weil sie nicht wissen, daß die Cartoons von jemandem kommen, der keinen Zeh krümmmen kann."
Über lange Seiten seines Buches hinweg ist er mir zutiefst unsympatisch, ein Chauvi, großspurig, zu locker-flockig. Auch wenn ich mir bei Passagen wie "Tetras wünschten, sie wären Paras, Paras wünschten, sie wären nicht behindert, und die Nichtbehinderten wünschten, sie wären Jane Fonda." das Grinsen nicht verkneifen kann.
Callahan, dein Problem ist nicht das Krüppelsein, sondern der Suff!, denke ich aber auch. Und dann, nach den Odysseen durch Rehaeinrichtungen, Pflegeheime und Anonyme Alkoholiker-Gruppen, nach endlosen Stories über bekiffte, besoffene oder sonstwie abgedrehte Pfleger, nach der Suche nach seiner verlorenen Mutter und noch

verloreneren Jugend, beschreibt er sein ganz normales Leben, seine Alltagskämpfe, seine Arbeit. Ich "sehe" ihn durch Portland, Oregeon, rollen und plötzlich wird er mir viel sympatischer: "Ich bin Experte für Toiletten in der Innenstadt. Es gibt nur (nur?!, Anm. der Verf.) zwölf bis fünfzehn für Rollstühle zugängliche Männerpissoirs im Stadtkern. Ich habe vor, mich mit einer Tetraplegikerin zusammenzutun und einen illustrierten Führer zu veröffentlichen, komplett mit Straßenverzeichnis und allem, damit die Rollstuhlfahrer wissen, wo sie können, wenn sie müssen. Wir werden ihn 'Pissen in Portland' nennen. Oft sitze ich in so einer Kabine in der Falle. Die meitsten Türen lassen sich von außen leicht aufstoßen, aber dann ist der Stuhl nicht mehr so manövrierbar, daß ich sie von innen wieder aufziehen kann. Ich versuche, meinen Beutel während der Hauptgeschäftszeiten zu leeren, denn das sind Stoßzeiten für volle Blasen, aber immer funktioniert das auch nicht. In einem Klo im Good Samaritan Hospital habe ich einmal stundenlang festgesessen."



Und beim Lesen einiger, hierzulande leider noch zuwenig bekannter Passagen wird der geneigten Leserin/dem geneigten Leser endgültig klar, daß auch die Vereinigten Staaten trotz Antidiskriminierungs-Gesetzgebung nicht das Himmelreich für Krüppel sind: "Keine private Krankenversicherung, die ich kenne, verkauft einem Tetraplegiker eine Police, und das ist kein Wunder. ... Der Verlust der staatlichen Krankenversicherung wäre also effektiv mein Todesurteil. In den Vereingten Staaten, fast der einzigen Nation unter den entwickelten Ländern, gibt es keine gesetzliche Krankenversicherung. Stattdessen haben wir Sozialprogramme für die Alten (Medicare) und die Armen (Medicaid). Ist man behindert, sollte man also tunlichst das eine oder das andere sein. Das System will offenbar, daß ich arm bleibe, zumindest bis ich alt bin."



Bitte helfen Sie mir, ich bin blind und schwarz, aber nicht musikalisch (S. 213)

Zurück zu den Rezensionen im Spiegel und im Stern, wo sich die AutorInnen unverhohlen freuen, daß zum einem ihren voyeuristischen Interessen Rechnung getragen wird, (frei nach dem Motto: Was sie schon immer mal über Krüppelsex wissen wollten!), zum anderen sie endlich mal ohne schlechtes Gewissen so richtig über Krüppel & Co ablachen können: Achtung, meine Damen und Herren! Es gibt viele verschiedene Arten, ein Buch zu lesen!

John Callahan: Don't worry, weglaufen geht nicht!
Autobiographie, Eichborn-Verlag, 288 S., 28,-DM, ISBN: 3-8218-0218-9

Von John Callahan ist, gleichfalls im Eichborn-Verlag, eine Cartoonsammlung unter dem Titel "DU STÖRST" erschienen. (64 S., Großformat, 19,80 DM).



LESERINNEN- UND LESERBRIEFE

Leserbrief zur März/Juni-Ausgabe - Magazinbeitrag: "Neuer BAG-C Info-Dienst"

In der März/Juni/1992-Ausgabe der "randschau" finde ich auf Seite 7 die Mitteilung, daß die CBF-BAG "zur mitgliedschaftinternen Diskussion über die ISL-Positionen aufruft". Daruter wird u. a. der Ausschluß Nichtbehinderter vom Entscheidungs- und Abstimmungsprozeß in ISL-Gremien verstanden. Da ich kein CBF-Mitglied bin, kann ich an der internen Diskussion nicht teilnehmen. Trotzdem sollte ich meine Meinung nicht zurückhalten, mich also extern dazu äußern.

Im Prinzip ist das Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten in den Selbsthilfegruppen, die von und für Behinderte gegründet worden sind, eine gute Sache. Man kann über die Kategorisierungen hinweg von und miteinander den humanen Umgang lernen - aber bitte nicht die Bevormundung oder Besserwisserei. Wir Behinderten müssen uns viel zu oft und viel zu angestrengt gegen die Bevormunder in Fachverbänden, Facheinreinchtungen, Ämtern und in den helfenden/beratenden Berufen wehren, als das wir uns es leisten könnten, diese Besserwisser im Bauch eines trojanischen Pferdes (genannt Mitgliedschaftsrechte) in unsere Selbsthilfegruppen einziehen zu lassen. Nichts gegen das Prinzip des Mischens, des Miteinanders. Aber alles gegen Bevormunder und Besserwisser. Dieser Grundsatz schließt die Nichtbehinderten nicht aus unseren Gruppen aus - wer wäre so töricht, unentbehrliche Helfer vor die Tür zu setzen. Aber er schließt aus, daß Profilierungssüchte, Machtwünsche und dergleichen sich auf dem Rücken der Behinderten austoben können. Aus diesen Gründen halte ich die ISL-Positionen für die einzige saubere Lösung des Umgangsproblems zwischen Behinderten und Nichtbehinderten in gemischten Selbsthilfegruppen.

Vor zwanzig Jahren habe ich schon in den CBF-Clubs für die Zurückhaltung der Nichtbehinderten in Entscheidungsprozessen und -gremien plädiert. Ebenso für die Zurückhaltung der durch Ausbildung oder Beruf hochtrainierten Behinderten zugunsten der weniger gut Trainierten, damit die sich im Schonraum der Clubs üben und auf den Außenkontakt zur nicht immer freundlichen Gesellschaft vorbereiten können. Damals wurden meine Vorschläge abgelehnt, sie waren wohl "der Zeit voraus". Heute jedoch sind sie ganz und gar überfällig.

Günther im Spring, Bad Honnef-Brüngsberg

VOR-schau

Postvertriebsstück * Gebühr bezahlt
Hg.: CeBeeF Köln, Pohlmannstr. 13, 5000 Köln 60
Versand: 'die randschau', Mombachstr. 17, 3500 Kassel

G 7955 F

die randschau, Mombachstr. 17, 3500 Kassel G7955F
Postvertriebsstück G7955F - Gebühr bezahlt
Christel Ronneberger
Kronprinzenallee

W 5600 Wuppertal 1

Geplant für die September/Oktober-Nummer:
Schwerpunkt Medien! Krüppel in Glotze, Film und Literatur. Interviews, Berichte und Besprechungen

ERSCHEINT MITTE/ENDE OKTOBER

Vancouver-Erklärung von 1992 von Disabled Peoples' International -DPI

Vor 12 Jahren wurde die Idee von DPI in Winnipeg, Kanada, entwikkelt. Ein Jahr später waren 400 Delegierte aus mehr als 53 Ländern in Singapur Zeugen der Geburt von DPI und forderten die behinderten Menschen in der ganzen Welt auf,

"sich in Organisationen zu vereinen und für ihre Menschenrechte zu kämpfen".

Heute, nach spannenden Jahren der Entwicklung, der Lobbyarbeit, intensiver Zusammenarbeit und des Kampfes, stellen wir, die über 3.000 Deligierten aus mehr als 120 Ländern, die die internationale und vereinte Stimme von behinderten Menschen repräsentieren, in Vancouver fest:

* Daß unser Kampf jetzt noch nicht vorbei ist.
* Daß behinderte Menschen immer die Ärmsten unter den Armen in jedem Land sind.
* Daß wir immernoch in Gesellschaften leben, die uns diskrimminieren und umweltbedingte und verhaltensbedingte Barrieren gegen unsere volle Integration aufbauen.
* Daß behinderte Frauen, Flüchtlinge, Kinder, ältere Menschen und unterepräsentierte Gruppen mit zunehmenden Diskrimminierungen konfrontiert sind.

WIR FORDERN, daß alle Regierungen unser Recht auf eine volle und gleichberechtigte Teilnahme an der Gesellschaft durch die Verabschiedung und Ausführung von Gesetzen, die unsere Menschenrechte sicherstellen, anerkennen.

WIR FORDERN, daß das UN-Welt-Aktionsprogramm von allen Mitgliedsstaaten als Arbeitsdokument benutzt und als Basis für nationale Stategien zur Förderung behinderter Menschen verwandt wird.

WIR FORDERN, daß die Regierungen, Organisationen und Verbände, Professionelle und Ämter und Hilfsorganisationen behinderte Menschen und unsere Organisationen als die wahren Experten in Sachen Behinderung anerkennen und daß sie uns direkt bei allen Fragen, die unser Leben betreffen, konsutieren und mit einbeziehen und unsere Organisationen ausreichend fördern.

WIR FORDERN, daß die Grundsätze des Selbstbestimmten Lebens von behinderten Menschen, wie sie von behinderten Menschen selbst definiert wuren, umgesetzt und gefördert werden.

WIR FORDERN, daß Behinderung innerhalb des Rahmens von sozialen Veränderungen definiert und nicht als individuelles Problem betrachtet wird.

WIR RUFEN die Presse in der ganzen Welt dazu auf, uns als gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaften anzuerkennen und uns auch als solche zu porträtieren, anstatt uns als passive Objekte der Wohltätigkeit darzustellen.

WIR LADEN alle Organisationen von behinderten Menschen ein, mit uns auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zusammenzuarbeiten, um die Menschenrechte für behinderte Menschen durchzusetzen.

WIR UNTERSTÜTZEN unsere Brüder und Schwestern in den neu entstandenen Staaten bei ihren Anstrengungen, ihre eigenen Bedürfnisse und Lösungen zu definieren und zu erarbeiten.

WIR VERURTEILEN alle Kriege und jegliche Gewalt und FORDERN internationalen Frieden.

WIR FORDERN, daß ein gut organisierter Überwachungs- und Beurteilungsprozeß aufgebaut wird, bei dem behinderte Menschen voll mit einbezogen werden, um jegliche Verletzung der Menschenrechte aufzuzeigen, was durch die Durchsetzung von Rahmenbedingungen für Veränderungen begleitet werden muß.

Wir fordern alle behinderten Menschen auf, sich mit unserem Kampfe zu vereinen!
Gründet Eure eigenen Organisationen!
Kämpft für die Menschenrechte!
Vereinigt Euch mit uns in unserem Aufruf für Frieden in der Welt!
Unsere Zeit ist gekommen - wir werden nicht mehr weichen!

STÄRKE DURCH SOLIDARITÄT!